

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-6012, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Manuskript: Gisela Rodenberg, Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

1+ 2/84

16. Januar

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck aller Beiträge nur nach Rücksprache mit der Redaktion. „Der Gründungsausschuss für die Universität Oldenburg, das Konzil und der Senat der Universität Oldenburg haben einstimmig beschlossen, daß die Universität Oldenburg den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Die Universität bedauert, daß ihr die offizielle Führung dieses Namens bisher nicht gestattet ist.“

Neujahrsgruß 1984

Zum Jahreswechsel wünsche ich allen Angehörigen der Universität Oldenburg ein gutes und glückliches Jahr 1984. Zugleich danke ich allen für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit. Sie hat sich, alles in allem gesehen, gelohnt, denn wir können feststellen, daß es - wenn auch nur langsam, in vielen Bereichen zu langsam - aufwärts geht. Auch das Ansehen der Universität steigt stetig, Forschung und Lehre finden Anerkennung. Sicher sind noch längst nicht alle Schwierigkeiten des Neuaufbaus überwunden, aber wir können zuversichtlich sein, daß wir Schritt für Schritt weiterkommen - im Interesse von Forschung, Lehre und Studium an der Universität Oldenburg.

Dr. Horst Zilleßen
Präsident der Universität Oldenburg



Einzugsbereit: Die naturwissenschaftlichen Gebäude auf dem Standort Wechloy, die mit einem Kostenaufwand von 175 Millionen Mark errichtet wurden.

Foto: Wöltje Freigabe-Nr.: 39/37-15

Landtag entscheidet endgültig über Jura

Petition aus der Region als letztes Mittel

Nach Worten von Präsident Dr. Horst Zilleßen muß die an den Landtag und die Regierung gerichtete Petition der Oldenburgischen und Ostfriesischen Landschaft sowie der Industrie- und Handelskammer über die Einrichtung eines Studiengangs Rechtswissenschaften an der Universität Oldenburg als ein Zeichen gewertet werden, wie ernst diese Frage in der gesamten Region genommen wird. Es sei zu hoffen, daß der eindringlich formulierte Text seine Wirkung bei Regierung und Landtag nicht verfehlen werde. (Wortlaut der Petition siehe S. 7).

Die vermehrten negativen Anzeichen aus Hannover hatten bereits vor Weihnachten nochmals zu zahlreichen Aktivitäten und Stellungnahmen von regionalen Verbänden und Politikern geführt. Der FDP-Betriebsvorsitzende Eilert Tantzen warf der Regierung Wortbruch vor, während die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer formulierte: „Obgleich inzwischen alle Argumente mit positivem Ergebnis abgeklärt sind und verbindliche Zusagen vorliegen, wird die Entscheidung immer wieder hinausgezögert“. Oberbürgermeister Dr. Heinrich Niewerth meinte, jede weitere Verzögerung der Entscheidung über Jura sei dem Interesse an einer gedeihlichen Weiterentwicklung der Universität ungemein abträglich.

Übersaus deutlich stellen sich auch die Landtagsabgeordneten dieses Raumes hinter die Universität - darunter auch die beiden CDU-Abgeordneten Josef Dierkes und Hans-Jörg Schramm, die sich freilich bisher in ihrer Fraktion nicht haben durchsetzen können. Der SPD-Abgeordnete Horst Milde war maßgeblich an der Formulierung des Antrages der SPD zur Einrichtung von Jura in Oldenburg beteiligt. Der FDP-Abgeordnete Professor Dr. Hans-Ludwig Freytag erklärte in der Landtagsdebatte im Herbst vergangenen Jahres, die Region stehe hinter ihrer Universität, die wie kaum eine andere Neugründung in der Bundesrepublik von angehenden Studenten angenommen werde. Der Abgeordnete der Grünen, Friedrich Haubold, meinte, die Regierung müsse ihre Versprechungen im Interesse der Universität einlösen.

Zilleßen sagte dies auch angesichts des mit Mehrheit gefaßten Beschlusses der CDU-Fraktion, der Einrichtung

eines Studiengangs Jura in Oldenburg nicht zuzustimmen. Die Universität sei von diesem Beschluß bestürzt, da er in krassem Widerspruch zu Aussagen der von der CDU getragenen Landesregierung stehe.

Voraussichtlich Ende Februar wird der Landtag über Jura in Oldenburg aufgrund eines SPD-Antrages endgültig entscheiden. Oberbürgermeister Dr. Heinrich Niewerth (CDU) forderte indirekt den Landtag auf, dem Beschluß der CDU-Fraktion nicht zu folgen. Niewerth sagte, es handle sich bei dem Votum der CDU-Fraktion um die Meinung eines parlamentarischen Gremiums. Maßgeblich sei aber letztlich die Entscheidung des Landtags. Die Landesregierung stehe mit der Fachbereichsgründung ohnehin öffentlich im Wort. Für die Stadt Oldenburg bleibe das Vorhaben auf dem Tisch.

Veranstaltung zur Wahl

Am Donnerstag, 19. Januar, 11.00 Uhr sind die Studenten anläßlich der Wahlen zu Konzil, Senat, den Fachbereichen sowie zum Studentenparlament zu einer Wahlveranstaltung in die Aula eingeladen. Der Wahlschuß genehmigte inzwischen die Li-

Austauschabkommen mit Sunderland

Der Senat hat auf seiner letzten Sitzung im vergangenen Jahr am 21. Dezember einem Austauschabkommen mit dem Sunderland Polytechnic zugestimmt. Danach sollen jährlich fünf Studenten/innen der beiden Hochschulen die Möglichkeit haben, in Sunderland bzw. Oldenburg zu studieren. Nach der University of Lancaster und dem Newcastle Polytechnic ist das Sunderland Polytechnic die dritte britische Hochschule, mit der die Universität Oldenburg ein Austauschabkommen abgeschlossen hat. Angestrebt ist längerfristig auch ein Austausch von Lehrenden. Ein ähnliches Abkommen ist im übrigen auch mit dem Manchester Polytechnic geplant. Um Austauschplätze können sich auch Studenten/innen bewerben, die nicht Anglistik studieren.

Diskussion über Präsidentenbericht

Am 25. Januar wird um 9.00 Uhr in der Aula das Konzil zusammentreten, um u.a. über den zweiten Rechenschaftsbericht des Präsidenten vom 1. Oktober 1981 bis 30. September 1983 zu diskutieren. Der 228 Seiten starke Bericht liegt bereits als Broschüre vor.

sten: Für den Senat kandidieren „UL“, „SLH“, „RCDS“, und „Gewerkschaftlich orientierte Liste“, für das Konzil „SLH“, „RCDS“, „MSB Spartakus“, „Fachschaftsinitiative Konzil“ und „SHB“.



Nicht Unterschriften, sondern Porträtfotos derjenigen, die die Aktion des Faches Kunst unterstützen, sollen dem Minister übergeben werden.

Der Umzug nach Wechloy dauert über ein halbes Jahr

Offizielle Eröffnung der Gebäude voraussichtlich am 29. Juni

Obwohl der Umzug der Naturwissenschaften in die neuen Gebäude auf dem Standort Wechloy voraussichtlich bereits Ende Januar beginnt, wird der Lehr- und Forschungsbetrieb im vollen Umfang erst im Wintersemester 1984/85 dort aufgenommen werden können. Denn der komplizierte Transport der Geräte nimmt mehr als ein halbes Jahr in Anspruch.

Die Biologen ziehen als erste um, weil ihre Gebäude bereits Ende vergangenen Jahres der Universität übergeben wurden. Ende März wird die Hochschule den gesamten vierteiligen Komplex mit einer Hauptnutzfläche von etwa 27.000 Quadratmetern und den etwa 2.000 Räumen (vom Abstellraum bis zum Hörsaal mit 350 Plätzen) übernehmen.

1704 Studienplätze stehen dann für die Naturwissenschaften und Mathematik zur Verfügung. Die Kosten für den Bau liegen bei 175 Millionen Mark. Hinzu kommen noch knapp fünf Millionen Mark für die auf dem gleichen Standort entstehenden Sportanlagen (Rasenplatz mit 400-Meter-Bahn, Tennis- und Squash-Platz sowie ein Allwetterplatz mit

Umkleidekabinen). Sie werden im Herbst fertiggestellt sein. Der Gebäudekomplex auf dem Standort Wechloy gilt als eine der schönsten Anlagen im Hochschulbau der letzten 20 Jahre sowohl wegen seiner architektonischen Strukturen als auch im Hinblick auf seine optimale Einplanung in das baumreiche Gelände. Die offizielle Eröffnung, zu der auch zahlreiche auswärtige Gäste erwartet werden, findet voraussichtlich am 29. Juni statt. Erst zu Beginn des Wintersemesters ist ein Tag der offenen Tür geplant. Ein Tag der Wirtschaft, an dem sich die Betriebe, Verbände und öffentlichen Institutionen gezielt über die Forschung der Universität informieren können, soll dem Tag der offenen Tür vorausgehen.

Medienturm vor MWK

Gegen die Streichung der wissenschaftlichen Stelle für Medienpraxis wollen Studenten und Lehrende des Faches Bildende Kunst am 25. Januar in Hannover symbolisch demonstrieren. Vor dem Wissenschaftsmuseum soll unter dem Motto „Aufbau gegen Abbau“ ein Medienturm errichtet werden, der symbolisch für die medientechnischen Geräte und Apparaturen steht, über die das Fach verfügt, aber die nach Streichung der Stelle sehr viel weniger benutzt werden können.

In einer Stellungnahme der Fachkommission heißt es zu dieser Aktion, durch die Streichung werde ein ordnungsgemäßes Studium im Bereich „Massenmedien“ künftig gefährdet - eine Tatsache, die besonders schwer wiege, weil die angehenden

Kunsterzieher Niedersachsens nur in Oldenburg diesen Teilbereich studieren könnten.

Die Streichung sei auch unter einem anderen Aspekt als „bildungspolitischer Skandal“ zu bezeichnen. Während im Land Niedersachsen Medienboom durch Verkabelung intensiv vorangetrieben werde, stoppe der Minister durch seine Maßnahme die praktische Arbeit damit. Daß zudem ausgerechnet die einzige Frau unter den Lehrenden, die Amerikanerin Cindy Gates, von der Stellenstreichung betroffen sei, bezeichne die Kommission als unverantwortlich.

Mit der Aktion in Hannover solle nachdrücklich die Wiedereinrichtung der medienpraktischen Stelle gefordert werden.

Zur Geschichte der Universität Oldenburg

Vortrag von Professor Dr. Hermann Helmers zum 10. Jahrestag der Hochschulgründung

Zwei miteinander eng verbundene historische Grundlinien sind in der Geschichte der Universität Oldenburg nach Auffassung von Professor Dr. Hermann Helmers deutlich erkennbar: 1. Ein aus der Aufklärung tradiertes Streben nach Verbesserung der Volksbildung durch integrierte Lehrerausbildung auf wissenschaftlicher Ebene und dessen konservative Widersacher. 2. Eine demokratische Tendenz zur Beseitigung der regionalen Unterprivilegierung des Nordwestraumes und seiner Bevölkerung als Folge der wirtschaftlichen und politischen Dominanz des Ballungsraumes Hannover-Göttingen-Braunschweig. Helmers vertritt diese These in seinem kürzlich erschienenen Buch „Geschichte der Universität Oldenburg“, über die er auch in einem zweistündigen Vortrag anlässlich der 10-Jahres-Feier am 5. Dezember referierte. Helmers gliederte seine Ausführungen, die im folgenden in einer Zusammenfassung wiedergegeben werden, nach acht in der Geschichte der Universität Oldenburg herausragenden Daten.

7. März 1793

An diesem Tag gründete Herzog Peter Friedrich Ludwig das Lehrerseminar Oldenburg auf Initiative von Esdras Heinrich Mutzenbecher. Peter Friedrich Ludwig war ein entschiedener Aufklärer, ebenso Mutzenbecher, den der Herzog aus Amsterdam nach Oldenburg zum Zwecke der Reform des Bildungswesens geholt hatte. Gegen den Widerstand beherrschender Kräfte gelang die Gründung des Lehrerseminars, das sich im 19. und 20. Jahrhundert (es bestand bis 1927) wesentlich weiterentwickeln konnte. Trotz formaler Niederhaltung der Volkshochschulbildung erreichte das Lehrerseminar Oldenburg, u.a. durch wissenschaftliche Publikationen der Lehrenden, im Kaiserreich eine relativ bedeutende Position. Die Fortdauer der aufklärerischen Tradition des Lehrerseminars Oldenburg ist auch erkennbar am Wirken einzelner Absolventen, zu denen der Verleger Peter Suhrkamp und der Schriftsteller Georg von Vring gehören.

23. Februar 1959

An diesem Tag faßte der Rat der Stadt Oldenburg eine Resolution, in der die Gründung einer „zweiten niedersächsischen Landesuniversität“ (neben Göttingen) in Oldenburg gefordert wird. Damit schloß sich der Rat der Stadt einer Denkschrift des Senats der damaligen Hochschule für Sozialwissenschaften Wilhelmshaven an, die ihre Verlegung nach Oldenburg bei gleichzeitigem Ausbau gefordert hatte. Der Wissenschaftsrat indessen befürwortete 1959 eine Universitätsgründung in Bremen (auf der Grundlage dieses Vorschlags entstand später die Bremer Universität). 1961 entschloß sich die niedersächsische Landesregierung entgegen der Oldenburger Forderung, die Wilhelmshavener Hochschule nach Göttingen zu verlegen und damit die dortige Universität zu komplementieren.

17. Dezember 1966

An diesem Tag setzte sich in der „Karlsfelder Resolution“ der Reformgedanke der Pädagogischen Hochschule Oldenburg durch, der auf die Zusammenfassung der acht Pädagogischen Hochschulen in Niedersachsen zu einer großen wissenschaftlichen Hochschule (PHN) abzielte. Die Pädagogische Hochschule Oldenburg war am 1.10.1945 als „Akademie“ des selbständigen Landes Oldenburg errichtet worden (der Oldenburgische Landtag hatte dies schon 1926 und 1929 gefordert). Am 1.4.1969 wurde die PHN aufgrund des Oldenburger Reformvorschlages gegründet; sie war konzipiert als Vorstufe zur Entwicklung einer universitären Form integrierter Lehrerausbildung.

29. April 1969

An diesem Tag überreichte der Referent als Vorsitzender des Universitätsausschusses der Pädagogischen Hochschule in Oldenburg Minister

präsident Diederichs in Hannover das von Wolfgang Schulenberg und ihm erarbeitete Memorandum „Ausbau der Pädagogischen Hochschule zur Universität“. Dieses Memorandum setzte die von der GEW mitgetragenen Reformvorstellungen fort, die auf eine rechtlich abgesicherte wissenschaftliche Form integrierter Lehrerausbildung abzielten. In der Stadt Oldenburg stießen die Reformpläne der Pädagogischen Hochschule auf starken Widerstand konservativer Kräfte, die sich in einem „Förderkreis für eine Universität in Oldenburg“ artikulierten. Nach vehementen öffentlichen Diskussionen gelang es 1969 dem Universitätsausschuß der PH, die Zustimmung einer Arbeitsgemeinschaft des Rates der Stadt Oldenburg für seine Pläne zu einer Universitätsgründung zu finden. Angenommen wurde ein vom Universitätsausschuß der PH erarbeiteter „Strukturplan der Universität Oldenburg“, der 13 Fachbereiche (einschl. Jura und Medizin) und sechs interdisziplinäre Zentren vorsah. Gleichzeitig setzte sich der Universitätsausschuß der PH dafür ein, daß nicht mehr länger als Standort der Universität ein Campus-Gelände in einem nördlichen Stadtteil (Etzhorn) vorgeschlagen werden sollte, sondern ein zusammenhängender Standort in den Stadtteilen Haaren und Wechloy (das heutige Areal). Nur so könne, so die Argumentation des Universitätsausschusses, städtebaulich eine Integration der Universität in die Stadt gelingen.

13. Mai 1970

An diesem Tag veröffentlichte Kultusminister Langeheine die „Denkschrift zur Gründung der Universität Oldenburg und Osnabrück“. Es war der erste volle Durchbruch der von der Pädagogischen Hochschule vorgetragenen Pläne zur Universitätsgründung auf Landesebene. Die Universität Oldenburg sollte danach bis 1985 für 750 Millionen Mark eine Kapazität von 12.000 Studienplätzen erhalten (Osnabrück 10.000 Studienplätze). Für Oldenburg (nicht für Osnabrück) war die Fachrichtung Jura fest vorgesehen. Ein entsprechender Kabinettsbeschuß zur Gründung der beiden Universitäten wurde am 25.8.1970 von der Landesregierung (Kultusminister war inzwischen von Oertzen) gefaßt.

5. Dezember 1973

An diesem Tag wurde die Universität Oldenburg durch das „Organisationsgesetz“ gegründet. Voraus ging die mehrjährige intensive Arbeit des „Gründungsausschusses für die Universität Oldenburg“, der am 17.2.1971 konstituiert worden war. Der Gründungsausschuß arbeitete bis zur Auswirkung des „Karlsruher Urteils“ (1973) dreiparitätlich. Von Anfang an war der GA starken Angriffen jener konservativen Kräfte in Oldenburg ausgesetzt, die vorher die Universitätspläne der PH attackiert hatten. Diese öffentlichen Angriffe führten 1971 zu einer empfindlichen Schwächung der Durchsetzungskraft

des Gründungsausschusses, so daß Ende 1971 die Landesregierung unter dem Druck der in Niedersachsen herrschenden wirtschaftlich-politischen Kräfte des Ballungsraums im Südosten versuchte, die Gründung der Universitäten Oldenburg und Osnabrück prinzipiell in Frage zu stellen. Unter Unterstützung durch regionale Kräfte, die die Gründung der Universität Oldenburg zurecht insofern als eine Reform begriffen, als dadurch die regionale Benachteiligung der Menschen (insbesondere auch der sozial Benachteiligten) in diesem Raum kompensiert werden kann, konnte 1972 die Errichtung der Universität Oldenburg erneut durchgesetzt werden. Im Bündnis mit reformerischen Kräften in der gesamten Bundesrepublik und in Fortsetzung der demokratisch-aufklärerischen Tradition der Pädagogischen Hochschule Oldenburg konnte der Gründungsausschuß neben der Universitätsgründung als solcher verschiedene weitere Reformen durchsetzen, wie insbesondere die integrierte-einphasige Lehrerausbildung.

8. Mai 1979

An diesem Tag fuhren tausende Universitätsangehörige nach Hannover und demonstrierten dort gegen die beabsichtigte radikale Kürzung der naturwissenschaftlichen Studienplätze an der Universität. Schon 1976 gab es eine erste Bedrohung der 1973 gegründeten Universität. Durch eine Fahrraddemonstration nach Hannover wandten sich zahlreiche Universitätsangehörige gegen die Absicht der Landesregierung, die 1970 zugesagten 12.000 Studienplätze auf 5.800 zu halbieren; es gelang, die Zielzahl um 1.000 Studienplätze auf 6.800 zu erhöhen. Auch 1974 - 1976 (wie schon 1971 - 1972) erfolgte eine ernste Bedrohung des Gedankens der Universitätsgründung im unterprivilegierten nordwestlichen Niedersachsen, nachdem die Universität durch polemische Angriffe von Seiten retardierender Kräfte geschwächt worden war. Diese Angriffe fanden nicht zuletzt im Rahmen der Auseinandersetzungen um die Namensgebung statt. Seit 1982 ist eine dritte existentielle Bedrohung der Universität Oldenburg zu registrieren. Eine Kabinettsvorlage sah 1982 die partielle Reduktion der Geisteswissenschaften auf die Ebene an der vormaligen Pädagogischen Hochschule vor. Überregionale Verbände und Publikationsorgane fordern demzufolge konsequent seit 1982 die Schließung der Universität Oldenburg und ihre Umwandlung in eine Fachhochschule.

5. Dezember 1983

Da derzeit die landespolitische Diskussion wieder einmal vor allem um die Einrichtung eines Studiengangs Jura an der Universität Oldenburg geht, ist dieses Datum konkreter Anlaß, die bisher ergebnislosen Bestrebungen zur Erweiterung des Fachrichtungsspektrums der Universität zu registrieren (während das Fächer-spektrum um einzelne Fächer erweitert werden soll, wie z.B. Informatik). **Medizin:** 1971 von der Landesregierung fest zugesagt auf der Grundlage von Zahnmedizin; eine Planungskommission des GA arbeitete 1971 - 1974 ergebnislos, weil die Lobby des Ballungsraums im Südosten des Landes die Realisation am Ende verhinderte.

Pharmazie: 1973 vom Wissenschaftsrat empfohlen, 1977 von der Landesregierung fest versprochen, bisher keine Realisation.

Agrarwissenschaft: 1982 von der Landesregierung empfohlen, bisher keine Realisation.

Jura: 1970 von der Landesregierung fest zugesagt, 1971 statt in Oldenburg in Hannover realisiert; 1977/78 von der Universität erneut beantragt, 1978 in Osnabrück realisiert. 1979 von der Landesregierung durch Er-

laß und Erklärung im Landtag für Oldenburg fest zugesagt; trotz der Entscheidung 1980 einer unabhängigen Kommission übergeben, die 1981 die Einrichtung befürwortete; bisher keine Realisation.

Das Ringen um die Erweiterung des Fachrichtungsspektrums der Universität Oldenburg spiegelt die Härte einer regionalpolitischen Auseinandersetzung wider, die bedingt ist durch den Versuch des in Niedersachsen dominierenden südöstlichen Ballungsraumes, eine gerechte Verteilung der Hochschulmittel zu verhindern. Bisher findet eine einseitige Bevorzugung des Südostens statt, wobei im Hochschulbereich die in die Milliarden gehenden Sondergewinne aus der Ausbeutung der Bodenschätze des Weser-Ems-Raumes (Erdgas, Erdöl) weitgehend aus diesem Raum abgezogen werden.

*

Der Referent, der die Gründungsgeschichte der Universität aus eigener Erfahrung kennt (1969 - 1973 war er Vorsitzender des Universitätsausschusses der PH, 1969 - 1972 Mitglied der städtischen Arbeitsgemeinschaft „Universität in Oldenburg“, 1971 - 1974 Mitglied und zeitweilig stellvertretender Vorsitzender des GA), hob abschließend hervor, daß das Aufzeigen der gesellschaftlich bedingten Widersprüche gegen die qualitative Weiterentwicklung der Universität Oldenburg und der mit ihr vertretenen Reformansprüche nicht Resignation, sondern verstärktes Streben der Angehörigen der Universität und der Region bedeuten müsse. Dieses Streben sei umso aussichtsreicher, als eine gerade erst veröffentlichte Studie

„Drosera“-Ausdruck für erfolgreiche Kooperation

Seit 1976 Zusammenarbeit mit dem Museum am Damm

Seit 1976 arbeiten das Staatliche Museum für Naturkunde und Vorgeschichte und der Fachbereich Biologie der Universität Oldenburg eng zusammen. Ausdruck für die sehr erfolgreiche Kooperation ist die im selben Jahr gegründete und weit über die Grenzen des Nordwestraums in Fachkreisen bekannte Zeitschrift „Drosera“, benannt nach dem in den nordwestdeutschen Mooren vorkommenden Sonnentau, einer fleischfressenden Pflanze.

Die Initiative zur Gründung dieser Zeitschrift mit dem Untertitel „Naturkundliche Mitteilungen aus Nordwestdeutschland“ ergriff die Museumsleitung, nachdem der Fachbereich Biologie und das Museum biogeographische, biozoologische-ökologische, biomorphologische und systematische Forschungen über diesen Raum angeregt hatten. Im Herbst 1976 erschien das erste Heft der „Drosera“.

Inzwischen sind in sieben weiteren Jahrgängen jeweils zwei Hefte herausgebracht worden. Unter der Redaktion von Museumsdirektor Dr. Karl Otto Meyer (Herausgeber) und Professor Dr. Volker Haeseler (Universität Oldenburg, Fachbereich 7) werden in dieser Zeitschrift vorzugsweise biozoologische-ökologische, floristische und faunistische Arbeiten publiziert, in denen Themen behandelt werden, die in enger Beziehung zur Nordwestregion stehen. Hierdurch erhält die naturkundliche Landesforschung im Nordwesten Niedersachsens neue Impulse. Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch die 1977 erfolgte Gründung eines eingetragenen Vereins, dessen Ziel es ist, die naturkundliche Erforschung Nordwestdeutschlands zu fördern. Vor allem trägt dieser als gemeinnützig anerkannte Verein finanziell dazu bei,

Hermann Helmers

Geschichte der Universität Oldenburg

in der Schriftenreihe des BIS der Universität.

496 Seiten, 61 Tafeln (Tabellen, Karten, Graphiken). DM 10,- (im inner-universitären Vertrieb)

Diese erste Darstellung der Geschichte der Universität Oldenburg behandelt ausführlich die Vorgeschichte (seit 1793), die Gründungsgeschichte (seit 1959) und die Ausbaugeschichte (seit 1973). Die Geschichtsschreibung erfolgt aufgrund beigegebener Dokumente. Das Buch schließt mit dem Kapitel „Die Universität heute“ („Position unter den Neugründungen - Struktur der Universität Oldenburg - Universität Oldenburg als regionalpolitischer Faktor - Position unter den niedersächsischen Universitäten“).

Bestellung bitte einsenden an das BIS: (hier abtrennen) >

Hiermit bestelle ich aus der Schriftenreihe des BIS:

..... Exemplar(e) Helmers, Geschichte der Universität Oldenburg

(Name, Vorname in Druckschrift)

(Fachbereich bzw. Organisationseinheit der Universität)

(Privatadresse)
Verrechnungsscheck liegt anbei.

(Unterschrift)

des Bundesbildungsministeriums der Universität Oldenburg im Hinblick auf Attraktivität unter allen Neugründungen der 70er Jahre einen ersten Platz zuerkannt habe.



DROSERA

Naturkundliche Mitteilungen aus Nordwestdeutschland

Staatliches Museum Oldenburg
Damm 40-44

D-2900 Oldenburg

zu den besonders zu erwähnenden Förderern der Zeitschrift „Drosera“. Die in allen Rezensionen immer wieder betonte Qualität der streng redigierten Beiträge geben der Zeitschrift „Drosera“ ein großes Echo. Im internationalen Schrifttumaustausch erhält deshalb das Staatliche Museum am Damm inzwischen über 191 laufende Zeitschriften, von denen zahlreiche nur an wenigen Bibliotheken Norddeutschlands vertreten sind. Die Universitätsbibliothek Oldenburg hat in ihren Katalog die in der Bibliothek des Museums am Damm eingestellten Schriften mit aufgenommen.

Betriebliche Frühwarnkonzepte ermöglichen Präventivmaßnahmen

An der Professur für Betriebswirtschaftslehre/Rechnungswesen der Universität Oldenburg wird gegenwärtig unter Leitung von Prof. Dr. Laurenz Lachnit in Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Mitarbeitern Dr. Günther Drey und Diplom-Ökonomin Eva Maria Janning ein von der Stiftung Volkswagenwerk gefördertes Forschungsprojekt mit dem Thema „Betriebliche Frühwarnkonzepte auf Prognosebasis“ durchgeführt.

Dabei gehen die Wissenschaftler von folgenden Überlegungen aus: Die Zeiten, da wirtschaftliche Schwierigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland - stark vereinfacht gesehen - mit Wachstum gelöst werden konnten, sind offenkundig vorbei. Weltweit stagnierende Märkte haben zu verschärftem nationalen und internationalen Wettbewerb geführt. Gleichzeitig sind die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Betätigung von Unternehmen in der BRD sehr viel instabiler als in früheren Jahren - z.B. durch Kostenschübe und Währungskursveränderungen in bisher kaum dagewesenem Ausmaß, tiefgreifende technologische Neuerungen bei gestiegener Technologieskepsis der Bevölkerung, zunehmend höhere Fixkosten, teils sozial verursacht, teils erforderlich, um produktive Größenordnungen zu erreichen, sowie ein schon lange anhaltender Gewinnverfall, der dazu geführt hat, daß der Eigenkapitalanteil in der BRD von über 40 Prozent Anfang der 60er Jahre auf gegenwärtig unter 20 Prozent gesunken ist, was die Konkursanfälligkeit der Unternehmen bedrohlich erhöht.

Da die Unternehmensführung für Erfolg und Bestand des Unternehmens verantwortlich ist, muß sie nennenswerte Verschlechterungen der wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens so schnell wie irgend möglich erkennen und Krisenstrategien entwickeln, mit denen die Probleme nachhaltig zu lösen sind. Entscheidend zur Erfüllung dieser Aufgabe ist, daß Frühwarninformationen zur Verfügung stehen, denn je früher Anpassungsmaßnahmen erkannt werden, umso mehr Anpassungsalterna-

tiven stehen offen und umso ausgeprägter können die notwendigen Anpassungsprozesse vollzogen werden. Aus unternehmerischen Reaktionen werden dadurch Präventivmaßnahmen, durch die u.U. die Fehlentwicklung vollständig zu vermeiden ist. Betriebliche Frühwarnsysteme sind ein Weg, um die Kosten der Anpassung an veränderte wirtschaftliche, technische und soziokulturelle Gegebenheiten für die Unternehmen und für die Volkswirtschaft als Ganzes zu verringern.

Ziele des Forschungsprojekts sind im einzelnen:

- a) Feststellung derjenigen inner- und außerbetrieblichen Sachverhalte, die als Frühwarnindikatoren in Frage kommen, sowie Klärung der inhaltlichen, methodischen und datentechnischen Anforderungen an diese Indikatoren;
- b) Entwicklung geeigneter Prognosemethoden, die auf die spezifischen Gegebenheiten der zu prognostizierenden betriebswirtschaftlichen Sachverhalte und der verfügbaren Indikatoren zugeschnitten sind und hin-

reichende Prognosefähigkeit in Tests erreichen;

c) Integration prognoseorientierter Frühwarnsysteme in das organisatorische Gesamtgefüge des Unternehmens einschließlich der Berücksichtigung der hierfür erforderlich werden- den Ausgestaltung des vorhandenen betrieblichen Rechnungs- und Berichtswesens.

Zu den vorstehenden Punkten sollen die erforderlichen Grundlagenklärungen im theoretischen Raum geleistet werden. Darüber hinaus ist beabsichtigt, Konzept und Arbeitsweise betrieblicher Frühwarnsysteme auf Prognosebasis so weit zu klären, daß anwendbare Modelle zur Frühwarnung unterbreitet und getestet werden können. Ein besonderes Anliegen besteht darin, den Modellanspruch so zu gestalten, daß diese Ansätze auch für mittelständische Unternehmen anwendbar sind, denn gerade dort sind Frühwarnsysteme besonders nötig, wie an der Insolvenzhäufung bei diesen Unternehmen abzulesen ist.

Räumliche Planung im 19. und 20. Jahrhundert

Ein Colloquium zur Herausbildung räumlicher Planung im 19./20. Jahrhundert unter dem Titel „Stadtentwicklungsgeschichte und Stadtplanung“ veranstaltet der Studiengang Raumplanung der Universität am Freitag, 10. Februar, ab 9.00 Uhr im Vortragssaal im Zentralbereich.

Fünf Vorträge mit anschließender kurzer Diskussion und eine abschließende Erörterung über den Zusammenhang von Stadtentwicklungsgeschichte und Stadtplanung bestimmen das Programm, wobei untersucht werden soll, wie diese Verbindungen grundsätzlich und exemplarisch aussehen, wie sie im Lichte heutiger Interessen zu behandeln sind und welche Bedeutung sie in der Praxis, in der Ausbildung und in der Forschung haben.

Professor Dr. Brake, der die Veranstaltung auch leitet, wird das Colloquium mit einem Vortrag um 9. Uhr

s.t. zum Thema „Methodische Anmerkungen zur Geschichtsschreibung der modernen Stadtplanung“ eröffnen. Über „Industrielle Revolution, Stadtentwicklung und die Herausbildung öffentlicher Aufgaben“ spricht anschließend Privat-Dozent Dr. J. Reulecke, Bochum/Bielefeld. „Räumliche Entwicklungen, lenkende Eingriffe und die Entstehung des Planungsrechts“ erläutert Professor Dr. G. Albers, München.

Ab 13.30 Uhr referiert Professor Dr. G. Fehl, Aachen, über „Frühe Konzepte für die planmäßige Erweiterung der wachsenden Industriestadt: geplante Vororte, Grüngürtel, Bauzonen (1865 - 1890)“.

Der Bedeutung der Stadtentwicklungsgeschichte für die Stadtplanungs-Ausbildung und -Praxis widmet sich Dipl.-Ing. E. Pfothner, Berlin, der an der Universität Oldenburg zuvor lehrte.

Entwicklung der Familie in Ost und West annähernd gleich

Trotz der unterschiedlichen Familienpolitik in Ost und West könne man bei der Beurteilung der Familienentwicklung zwischen beiden Systemen durchaus keine klare Trennlinie ziehen. Zu dieser Aussage gelangten die Soziologen Professor Dr. Rosemarie Nave-Herz (Universität Oldenburg) und Dr. Katja Boh (Universität Lubljana) anläßlich eines Pressegesprächs zum Abschluß der Oldenburger Arbeitstagung des von der UNESCO initiierten Familienforschungsprojektes Ende vergangenen Jahres. Das Familienverhalten in kapitalistischen und sozialistischen Staaten weise keine prinzipiellen Unterschiede auf, vielmehr gäbe es eine konvergente Tendenz in den Verhaltensmustern. Dabei nähmen die Familien in Kooperation miteinander immer häufiger Aufgaben wahr, die vormals von öffentlichen Institutionen erfüllt worden seien. Dies gelte insbesondere für die Kinderbetreuung und den Sozialbereich.

Familiensoziologen aus 14 west- und

osteuropäischen Ländern sind an dem vom sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum der UNESCO in Wien initiierten Projekt beteiligt. Es soll über familiäre Verhaltensmuster in den verschiedenen Ländern Aufschluß geben und letztlich der familienpolitischen Praxis dienen. Die beteiligten Wissenschaftler wollen mit ihrer Untersuchung der staatlichen Planung, der Familienberatung sowie der Familienhilfe wichtige Impulse geben und bis in die Berufsfeldplanung hineinwirken.

Bereits erste Erhebungen machten deutlich, so die Wissenschaftler, daß das gängige Ost-West-Bild in bezug auf familiäre Verhaltensmuster nicht aufrecht zu halten sei. Im Zuge des Industrialisierungsprozesses zeigten sich systemüberschreitend annähernd gleiche Tendenzen. So sei festzustellen, daß die Berufstätigkeit von Frauen mit wenigen Ausnahmen in allen untersuchten Ländern etwa bei 40 Prozent liege. Unterschiede ergä-

ben sich jedoch in der Teilzeitarbeit. Teilzeitarbeit für Frauen, so Rosemarie Nave-Herz, sei in den meisten kapitalistischen Ländern dominant, in sozialistischen Ländern schlage sie aber kaum zu Buche.

Gleiche Tendenzen sind in Ost und West in der Einstellung zur Ehe zu erkennen. Die Tendenz zu nicht-ehe-licher Lebensgemeinschaft sei steigend, zumindest bis zur Geburt von gemeinsamen Kindern. In allen untersuchten Ländern sei zudem ein mehr oder weniger gravierender Geburtenrückgang zu verzeichnen.

Die Bundesrepublik nimmt nach Aussagen von Frau Nave-Herz, die für diese Teilstudie verantwortlich ist, in manchen Bereichen eine Sonderstellung ein: Die BRD habe die geringste Rate an Ehescheidungen, die geringste Geburtenrate, die geringste Tätigkeitsquote der Frauen im Arbeitsprozeß und die geringste Quote der teilzeittätigen Frauen

Ombudsman - Helfer des kleinen Mannes?

Projekt soll Basis für neue Diskussion schaffen

Ein Helfer des kleinen Mannes gegen Behördenwillkür, so beschreibt der Oldenburger Politikwissenschaftler Professor Dr. Herbert Uppendahl die Funktion des Ombudsmans. Zusammen mit seinem Mitarbeiter Dipl.-Hdl. Josef Puchta untersucht er das Ombudsmansystem als eine Institution der unbürokratischen Unterstützung des Bürgers bei der Durchsetzung seiner Interessen gegenüber dem Verwaltungsapparat. Aus den negativen Erfahrungen des Bürgers mit „seinem“ Staat erwachse Behördenverdrossenheit und letztlich Staatsverdrossenheit. Das Ombudsmansystem in Kanada biete ein Beispiel dafür, daß dieser - auch bei uns vorherrschenden Tendenz - wirksam begegnet werden kann. Uppendahl und sein Mitarbeiter wollen mit ihren Forschungen dazu beitragen, daß die Diskussion um vergleichbare bürgernahe Institutionen auch in der Bundesrepublik wieder geführt wird.

In dem von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Projekt untersucht Uppendahl die Institution des Ombudsmans im föderalistischen Regierungssystem in Kanada, weil es ein Staat ist, der in seiner Struktur und seinem politischen System der Bundesrepublik ähnlich ist und daher Vergleiche zwischen den Bedingungen in beiden Staaten zuläßt. Dabei geht Uppendahl von folgenden Überlegungen aus: Die Ausweitung des Behördenapparates ist in allen modernen parlamentarischen Staaten zu beobachten. Einerseits ist die Ursache für diese Entwicklung in den steigenden Ansprüchen der Bürger an den Staat zu sehen, andererseits aber auch in der Vergrößerung der Aufgabenbereiche des Staates und seines immanenten Bedürfnisses, alle Bereiche des zwischenmenschlichen Umganges zu regeln. In der Verzahnung dieser Faktoren ergeben sich Reibungsflächen zwischen Staat und Bürger. Dem Bürger tritt in der Auseinandersetzung mit dem Staat - für ihn repräsentiert durch eine Behörde - massives Fachwissen gegenüber, dem er in der Regel unterlegen ist. In der Bundesrepublik hat zwar jeder die Möglichkeit, bei Entscheidungen der Behörde die Verwaltungsgerichtsbarkeit anzurufen, doch scheitert dies häufig an der Schwellenangst, dem Zeitaufwand und der Furcht vor hohen Verfahrenskosten. Hinzu kommt, daß es

in der Mehrzahl der Fälle für den Bürger um rasche Entscheidungen geht. Diesem Bedürfnis könnten die langwierigen Verwaltungsgerichtsverfahren nicht nachkommen.

Der Ombudsman könne, so Uppendahl, in solchen Fällen schnell und unbürokratisch handeln, wie die Erfahrungen in Kanada und auch die des rheinland-pfälzischen Bürgerbeauftragten zeigten. Die Behörden seien ihm gegenüber auskunftspflichtig und er müsse nicht den langen Instanzenweg einhalten. Allerdings, so Uppendahl, müsse der Ombudsman eine Persönlichkeit von hoher Kompetenz und hohem Bekanntheitsgrad sein, die darüber hinaus über genügend „Standfestigkeit“ verfüge. Nur unter diesen Voraussetzungen könne er sich wirksam für die Interessen der Bürger einsetzen.

Es sei denkbar, auch in der Bundesrepublik vergleichbare Institutionen auf Länderebene einzurichten, die der Legislative zugeordnet sind und von dort aus Kontrollfunktionen aus der Sicht des Bürgers wahrnehmen könnten. Bereits in den 60er Jahren hat es in der Bundesrepublik Diskussionen über die Einrichtung von Ombudsmansystemen gegeben. Aber nur das Land Rheinland-Pfalz hat 1974 unter dem damaligen Ministerpräsidenten Kohl eine entsprechende Institution geschaffen, die des Bürgerbeauftragten. Der dortige Bürgerbeauftragte Dr. J.B. Rösler fungiert als Berater des Oldenburger Projekts. Uppendahl ist davon überzeugt, daß in den parlamentarischen Demokratien die Legislative ihre ursprüngliche Kontrollfunktion gegenüber allen Bereichen der Exekutive mehr und mehr verliert und damit eine zusätzliche Regelung auch für die Bundesrepublik immer dringender werde. Die Reibungsflächen zwischen Staat und Bürger vergrößerten sich ständig und so müsse über Möglichkeiten nachgedacht werden, die dieser Entwicklung entgegenwirkten. Nach Abschluß des Projektes, so Uppendahl, sollen die Ergebnisse seiner Forschung Hilfen und Anstöße insbesondere für Politiker sein, die zu erneuten Diskussion über ein Ombudsmansystem in der Bundesrepublik beitragen könnten, um somit der wachsenden Staats- und Behördenverdrossenheit der Bevölkerung zu begegnen.

Wolfgang Müller

en in den untersuchten westlichen Ländern.

Trotz der Extremwerte seien aber die Strukturen der familiären Verhaltensmuster international sehr ähnlich. Wie in allen anderen Ländern wäre in den 60er und 70er Jahren zunächst eine steigende Anforderung an die Institution zur Unterstützung der Familie zu verzeichnen gewesen, jetzt mache sich jedoch ein Trend zur Deinstitutionalisierung immer stärker bemerkbar. Besonders sei dies - nach Meinung der Wissenschaftler - in den Bereichen der Kinder- und Altenbetreuung zu verzeichnen. Gerade in den Fällen, in denen beide Partner berufstätig seien, werde immer häufiger auf Hausgemeinschaften oder sich selbst organisierende Gruppen zurückgegriffen, um Versorgungsprobleme zu lösen. Der Abschlußbericht wird für Ende 1984 erwartet.

Wolfgang Müller

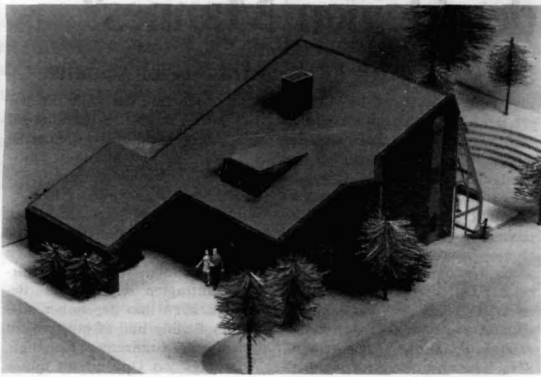
Vortrag über Brasilien-Aufenthalt

Am 31. Januar hält der Sportwissenschaftler Professor Dr. Jürgen Dieckert (Universität Oldenburg) um 20.00 Uhr im Vortragssaal der Bibliothek einen Vortrag über seinen zweieinhalbjährigen Aufenthalt in Brasilien.

Stipendien

Der Deutsche Akademische Austauschdienst wird in diesem Jahr wieder Gruppenaufenthalte ausländischer Studentengruppen in der BRD sowie deutscher Studentengruppen im Ausland bezuschussen. Pflichtexkursionen können nicht gefördert werden. Nähere Informationen über Bewerbungstermine oder Antragsmodalitäten erteilt das Akademische Auslandsamt der Universität, Tel.: 6038/6039, Raum A 202/301.

„Eggheads aus Jade“



Das bisher größte Projekt von Oekotec: die wissenschaftliche Begleitung eines Sonnenhauses.

Seit zwei Jahren existiert in dem Flecken Jade ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein, der sich laut Prospekt ein hohes Ziel gesetzt hat: „durch innovative Forschung dem traditionell benachteiligten Nordwestraum Niedersachsens neue Impulse zu verschaffen“. Er nennt sich OEKOTEC - Gesellschaft für ökologische Technologie und Forschung - und ist von ehemaligen Absolventen der Universität Oldenburg gegründet worden.

Die „kreativen eggheads aus Jade zwischen Weser und Ems“, wie sie sich werbewirksam nennen, gehören zu jener Generation von Hochschulabsolventen, die angesichts der Aussichtslosigkeit, eine angemessene Stelle zu finden, und der Schwierigkeit, sich mit einer Arbeit in einem genau vorgegebenen Rahmen abzufinden, die Alternative gesucht haben. Auf diesem Weg, so hoffen sie, werden sich intellektuelle Interessen, Arbeit und Leben stärker miteinander verbinden. Und immerhin drei der sieben Vereinsgründer könnten tatsächlich inzwischen von den Einnahmen des Vereins ihren monatlichen Unterhalt bestreiten.

Einer von ihnen ist der 32jährige Manfred Suhr. Er studierte an der Universität Oldenburg Sozialwissenschaften und Physik. Das sozialwissenschaftliche Studium schloß er mit dem Diplom ab, im Bereich der Physik hält er sich auf dem laufenden - besonders auf den Gebieten, auf denen der Verein Institutionen und Privatpersonen seine Hilfeleistung anbietet: Bau- und Energietechnik, aber auch System- und Softwaretechnik. Es ist in der Tat

ein umfangreiches Programm, das die interdisziplinär arbeitende Gruppe offeriert, denn auch auf den Gebieten der Agrar-, Aqua- und Umwelttechnik soll geforscht und beraten werden. Die Arbeit soll dabei möglichst an den spezifischen Problemen und Bedürfnissen dieses Raumes orientiert sein. Neben Manfred Suhr leben ein Volkswirt und ein Architekt von den Einnahmen OEKOTECs. Alle drei erhalten je 1.400 Mark brutto im Monat. Ihr größtes Projekt ist zur Zeit die wissenschaftliche Begleitung eines Solarhauses, an dessen Konzeption sie beteiligt waren und dessen Nutzen sie im Hinblick auf Energieeinsparung auf der einen und Kosten auf der anderen Seite untersuchen. Für den Verein ist dieses Projekt, das vom Land Niedersachsen finanziert wird, möglicherweise der Durchbruch für eine langfristige Perspektive. Denn es hat viele Kontakte geschaffen und ihn damit bei mittelständischen Betrieben und Behörden bekannt gemacht. Manfred Suhr ist deshalb optimistisch, auch wenn mancher Antrag auf Einwerbung von Mitteln für bestimmte Projekte in den Papierkorb von Behörden oder anderen Einrichtungen flattert.

Zur Zeit sucht der Verein Kontakte zu Biologie-Studenten/-innen in höheren Semestern mit Interessen und Kenntnissen auf den Gebieten der Aqua-Kultur, Bioenergiekonversion, biologischer Abwasserreinigung, Hydrokultur, Kompostierung, ökologisches Landbau, Solarenergie. (Anschrift: OEKOTEC e.V., Jaderlangstraße 13, 2933 Jade 1, Tel.-Nr. 04483/426). gh

Vergleich der Ausbildung von Sozialkundelehrern

Im Rahmen der Kooperation zwischen der Universität Oldenburg und der Universität Groningen haben die beiden wissenschaftlichen Mitarbeiter Dr. Rüdiger Meyenberg und Dr. Herman Boeijs ein Buch herausgegeben mit dem Titel „Lehrerbildung und Unterrichtspraxis an den Universitäten Oldenburg und Groningen“. Das Buch, 278 Seiten stark, erscheint im Zentrum für pädagogische Berufspraxis und kostet elf Mark.

Dokumentiert wird eine Reihe von Vorträgen zur Ausbildung von Sozialkundelehrern in den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland, die auf Konferenzen zwischen Vertretern der Fachdidaktik Sozialkunde der Rijksuniversiteit Groningen und der Universität Oldenburg gehalten wurden. Es wird mit Grußworten des Dekans der „subtaakgroep maatschappijleer“, Prof. Dr. Ijzerman, und des Präsidenten der Universität Oldenburg, Dr. Zilleßen, zum Kooperationsvertrag eingeleitet.

Darüber hinaus enthält es einige aktuelle Aufsätze zu Fragen des Bildungswesens beider Länder, zur Entwicklung des Faches Sozialkunde sowie zur gegenwärtigen Situation des Schulcurriculums in Realschule und Gymnasium. Dabei steht die Erörterung der berufspraktischen Studien innerhalb der Lehrerbildung im Mittelpunkt.

Schließlich werden von Studenten entwickelte Unterrichtseinheiten zu den Themenbereichen „Werbung“, „Politik“, „Arbeitslosigkeit“ präsentiert. Dieser Band gibt daher einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der politischen Bildung in den Niederlanden und der Bundesrepublik unter besonderer Berücksichtigung der Berufspraxis.

Die Herausgeber wollen die begonnene gute Zusammenarbeit fortsetzen und planen die Herstellung einer deutsch/holländischen Unterrichtseinheit zum Thema „Drogen, Rauschmittel, Abhängigkeit“.

Tutorentreff am 1. Februar

Am Mittwoch, 1. Februar, beginnt um 14.15 Uhr in der alten FB IV-Bibliothek (AVZ, Ebene 2) zum vierten Mal eine Tutorenversammlung. Auf dem ersten Treffen wurde über die Streichung des Weihnachtsgeldes diskutiert. Einige Studenten wollen - mit Unterstützung der GEW - gerichtlich dagegen vorgehen. Über den momentanen Stand soll berichtet werden. Ferner soll langfristig eine Interessenvertretung der Tutoren geschaffen werden, die in der Lage sein soll, Aktivitäten gegen noch zu erwartende Kürzungen und Verschlechterungen zu koordinieren.

Neue Bücher aus dem ZpB

Der im Dezember 1983 beim ZpB erschienene und von Margrit Börner und Gudrun Pabst zusammengestellte Band „Regionalbezogenes Lernen“ ist als ein Arbeitsergebnis im Rahmen des Projekts „Praxis und umweltorientiertes Lernen“ entstanden. Er begründet sich in seiner Thematik auf die spezifische Aufgabenstellung des Projekts und auf das Selbstverständnis der Universität mit ihrer besonderen regionalpolitischen Verantwortung für den Nordwestraum Niedersachsens.

Der 240 Seiten umfassende Band enthält eine Zusammenstellung von Materialien und Unterrichtsbeispielen zum regionalbezogenen Unterricht. Er stellt eine Auswahl der an der Universität durchgeführten Untersuchungen und deren Ergebnisse aus Projekten, Arbeitsvorhaben und Examensarbeiten dar. In diesem Zusammenhang entstandene Unterrichtsentwürfe und -versuche beziehen sich inhaltlich auf Probleme, Entwicklungen und Tatbestände des regionalen Raumes. Der Band enthält ferner Informationen und Texte, die direkt als Unterrichtsmaterial herangezogen werden können. Er soll deshalb vor allem als Anregung für einen schülerbezogen, regional- oder umweltbezogenen Unterricht dienen, wobei mit der Darstellung und Beschreibung einiger ausgewählter Unterrichtsbeispiele Ansätze und Möglichkeiten für ein auf Erfahrungen aus dem unmittelbaren Umfeld der Schüler beruhendes Lernen aufgezeigt werden. Der Band kostet acht Mark und ist beim ZpB zu beziehen.

Unter dem Titel: „Umweltzerstörung - Umweltschutz: Fakten, Probleme, Materialien, Beispiele zum Unterricht“ hat das ZpB eine Arbeit von Fred-Ditmar Ohnezeit und Ludwig Penning herausgegeben (Preis: sieben Mark).

Ausgehend von einer Darstellung der verschiedenen erfaßbaren Dimensionen der Umweltzerstörung und von Umweltschutzmaßnahmen werden Relevanz und mögliche Ziele des Umweltunterrichts in der Schule verdeutlicht. Insbesondere gehen die Verfasser der Frage nach, welche Bedingungen dieser Unterricht berücksichtigen muß, damit der in diesem Fall bestehende enge Bezug zwischen Thema, Schülerinteresse und außerschulischer Realität - und damit eine spezifische Motivation - nicht verlorengeht.

Schließlich werden ausgewählte Unterrichtseinheiten zu diesem Themengebiet dokumentiert.

Brot für die Welt
...daß alle leben

Spendenkonto 500 500-500
Bank für Sozialwirtschaft Köln
(BLZ 370 205 00)
oder Postcheckamt Köln

Der Nachbarschaftsladen im Kennedyviertel

Seit dem 1. März 1982 gibt es in Oldenburg im Kennedyviertel einen „Nachbarschaftsladen“. Er ist das Ergebnis der Arbeit des im Wintersemester 1980/81 gestarteten Studienprojekts „Aufbau von Nachbarschaftshilfe“ im Studiengang Psychologie. Ausgangspunkt dieses Projektes war die Einsicht in den Sisyphus-Charakter der herkömmlichen therapeutischen Tätigkeit: Die Vielzahl der Klienten mit ihren psychischen und somatischen Beschwerden, ihren Sorgen und Nöten konnte im Prinzip durch Einzel-, Paar- oder Familientherapie nicht verringert werden. Wir wollten uns vielmehr an einem präventiven Konzept orientieren, das es Personen ermöglicht, krankheitsfördernde Lebensbedingungen zu erkennen und zu verändern, bevor diese sich in behandlungsbedürftigen Krankheits-symptomen abbilden. Bei diesem Vorhaben war uns klar, daß wir nicht ein in unseren Köpfen entstandenes und damit festgelegtes Programm verwirklichen konnten, sondern daß wir mit den Betroffenen einen jeweils einzigartigen und dennoch gemeinsamen Entwicklungsprozeß zu durchlaufen hatten.

In der Vorlaufphase von 1 1/2 Jahren wurde uns (den Studenten, Lehrenden und anfänglich den Mitarbeitern der Psychologischen Beratungsstelle in der Haarenschstraße) in einer beeindruckenden Zahl von Beispielen aus diesem Stadtteil die Gefangenschaft der Menschen in Isolation, Benachteiligung, Mißtrauen, sozialen Abstieg, Armut ... unabweisbar und unausweichlich vor Augen geführt und wir konnten zugleich ebenso ein drucksvoll den Lebensmut und den Widerstand gegen Resignation oder gegen die Unterwerfung unter ein scheinbar unabwendbares Schicksal aufblitzen sehen.

Wir lernten u.a. dadurch den Stadtteil kennen, indem wir jeweils freitags einen Stand auf dem Wochenmarkt in der Kennedystraße aufbauten, an dem eine Informationsbörse für alle möglichen alltäglichen Anliegen stattfand: Tausch- und Kaufgesuche, Angebote und Nachfragen für Hilfen (Schularbeiten, Babysitten, Gründung von Miniclubs, Skatrunden, Diätclubs...)

Aus diesen Kontakten bildete sich allmählich eine Initiativ-Gruppe von engagierten Bewohnern des Stadtteils, die über eigenes Tätigwerden die erfahrbare Begrenztheit dieser Arbeit überwinden wollte. Vordringlich war es, einen leicht erreichbaren Anlaufort zu schaffen. In Gesprächen mit der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft und der Universitätsverwaltung konnte in erfreulicher kurzer Zeit ein Finanzierungsrahmen erstellt werden: Aus dem Bloherfelder Zoo-Geschäft konnte eine selbstverwaltete Begegnungsstätte, das Kommunikationszentrum „Nachbarschaftsladen“ werden. Sach- und Geldspenden und viel Eigenarbeit ermöglichten schließlich die Einrichtung der Räume und die Eröffnung. Damit war die Voraussetzung geschaffen, um mit der inhaltlichen Arbeit zu beginnen. Diese zielte darauf, durch selbstorganisierte Aktivitäten der Stadtteilbewohner informelle soziale Unterstützungssysteme aufzubauen. Klönzeiten und Feiern, Freizeitangebote und Kinderbetreuung bildeten den Grundstock der Aktivitäten. Später folgten Informationsveranstaltungen, Versuche zur Veränderung des Wohnumfeldes, Einrichtung eines Second-hand-Basars für Kleidung, Organisation einer Schularbeitenhilfe etc.. Es gab auch Mißerfolge: z.B. gelang es uns nicht für ein Werkstattprojekt für Arbeitslose eine tragfähige Finanzierung zu schaffen.

Um die Eigenständigkeit der konfessionell und parteipolitisch unabhängigen Stadtteilinitiative zu fördern,

gründeten wir im September 1982 den „Verein zur Förderung von Nachbarschaftshilfe Bloherfelder-Eversten e.V.“, der inzwischen als gemeinnützig anerkannt ist.

Wozu hat sich der Nachbarschaftsladen inzwischen, nach 1 1/2 Jahren seines Bestehens, entwickelt? Er ist Zentrum für eine absichtslose Geselligkeit („wo man zum Spaß und aus Spaß hinght“), er ist Fluchtort („wenn einem die Decke auf den Kopf zu fallen droht oder wenn man nicht weiter weiß“), er ist der Ort für einen Neubeginn nach einem kritischen Lebensereignis, ein Ort, an dem Ideen und Engagement noch gefragt sind, ein Ort, an dem jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten etwas gestalten kann und dies anerkannt wird. Für eine Vielzahl von Bewohnern ist so der Nachbarschaftsladen zu einem wichtigen Ort geworden, der nicht konsumiert wird, sondern in dem sie eigene Zuständigkeit und Verantwortung wieder erleben, gegenseitige Unterstützung wieder spüren. Der Nachbarschaftsladen ist noch ein weitgehend privater Ort: Die Sicherung der persönlichen Existenz verläuft zur Zeit bei vielen derart aufwendig, daß eine politische Argumentation als ein unangenehmes Thema vermieden wird. Das Sicht-

Der „Verein zur Förderung von Nachbarschaftshilfe Bloherfelder-Eversten e.V.“ ist zur Finanzierung seiner Tätigkeit weiterhin auf Spenden angewiesen. Diese werden auf das Konto 010-401586 bei der Landessparkasse zu Oldenburg (BLZ 28050100) erbeten. Spendenbescheinigungen zur Vorlage beim Finanzamt werden zugesandt.

barwerden der materiellen und psychischen Grenzen gegenseitiger Unterstützung wird jedoch diese Vermeidungsprozesse in Frage stellen, sollte sich die derzeitige Tendenz zunehmender Existenzgefährdung und Verarmung fortsetzen.

Welche Bedeutung hatte dieses Vorhaben, das als Studienprojekt mit dem Wintersemester ausläuft, für die Studenten? Für sie kann sich in der Praxiserfahrung die Motivation für die Beschäftigung in theoretischen Konzepten ausbilden; die unmittelbare Zusammenarbeit mit Betroffenen erfordert, die notwendigen kühnen Utopien zu übersetzen in konkrete Utopien; die eigene Kreativität für die Gestaltung eines Arbeitsgebietes wird im Studium bereits gefordert; in der Auseinandersetzung mit den Lebenssituationen der betroffenen Stadtteilbewohner wird eine Reflexion der eigenen Lebenssituation und des eigenen zukünftigen Lebensweges eingeleitet, um als ein glaubwürdiger Anwalt der Betroffenen tätig werden zu können. Die Verunsicherung ihrer beruflichen Identität, die herkömmlicherweise kurativ orientierte Diplom-Psychologen bei der Realisierung präventiver Ansätze erleben und erleiden, haben sie schon vorweggenommen.

Wilfried Belschner/Peter Kaiser

20. Januar: Anmeldung zum Unterrichtshalbjahr

Für das unterrichtspraktische Halbjahr (upH) ab 1. Februar 1985 im 3. Studienabschnitt liegen bis zum 31. Januar Anmeldeformulare beim Pförtner im Zentralbereich aus. Die erste Informationsveranstaltung zu diesem upH beginnt am 20. Januar um 14.00 Uhr im Hörsaal F.

Leichte Lockerung der restriktiven Politik gegenüber Auslandsstudenten

Schnell und zum Teil gründlich fand die mit dem Regierungswechsel eingeleitete Wende im Bereich der Ausländerpolitik statt. Dies nicht zuletzt deshalb, weil bereits die sozial-liberale Bundesregierung entsprechende Maßnahmen eingeleitet hatte. Von diesen Bemühungen, die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland zu schließen, ist auch der Hochschulbereich sehr stark betroffen. Seit 1981 nehmen die Zahlen ausländischer Studienbewerber, vor allem solcher aus der Dritten Welt, drastisch ab. Begonnen hatte die restriktive Politik mit dem Beschluß der Kultusministerkonferenz im März 1981 zur Frage der Zulassung von Studienbewerbern aus einigen ausgewählten Staaten. Die Bewerber sollten schon damals Hochschulzulassungen vorweisen, die sie wegen ihrer politischen Betätigung oft gar nicht vorlegen konnten. Weitere Maßnahmen führten dann dazu, daß Ausländer sich faktisch nur noch von ihrem Heimatland aus um eine Zulassung an eine

bundesdeutsche Universität bewerben konnten. Erst der Zulassungsbescheid berechnete sie, sich um eine Aufenthaltserlaubnis zu bemühen. Dies mußte ebenfalls vom Heimatland aus geschehen. Ein solches Verfahren dauerte in der Regel zwei bis drei Monate mit dem Ergebnis, daß der zugesagte Studienplatz längst einem anderen Studierenden zugewiesen worden war.

Früher konnten Ausländer mit einem normalen Visum einreisen und sich vor Ort um Zulassungen bemühen. Seit Januar 1983 dürfen dies nur noch Bürger der EG-Staaten sowie aus sieben weiteren Ländern - darunter die USA, Spanien, Schweiz und Österreich.

Wenig Schwierigkeiten dürften auch künftig besonders geförderte Stipendiaten und Austauschstudenten haben.

Obwohl bei diesen Maßnahmen ureigenste Interessen der Hochschulen betroffen wurden und damit auch Eingriffe in die Selbstverwaltungs-

kompetenzen der Hochschulen verbunden waren, wurden sie regelmäßig nicht zu den Konsultationen zu den einzelnen geplanten restriktiven Bestimmungen herangezogen. Entsprechend heftig waren deren Reaktionen sowie die Stellungnahmen von Einrichtungen und Verbänden, die sich mit dem Ausländerstudium befassen.

Die Reaktionen und die Kritik aus dem Ausland führten jetzt zu einer Mäßigung der Bestimmungen. Auf Intervention des Auswärtigen Amtes wurden die Einreisebedingungen für ausländische Studenten gelockert - probeweise für ein Jahr. Danach müssen ausländische Studienbewerber/innen nicht mehr einen Zulassungsbescheid einer bundesrepublikanischen Hochschule vorlegen, es reicht bereits der Nachweis einer Hochschulzulassungsberechtigung des Heimatlandes aus, um eine auf kurze Zeit befristete Aufenthaltserlaubnis durch die jeweilige Botschaft zu bekommen. jb

Lehrer sollen Lehrer in Zukunft besolden

Einen Drei-Punkte-Katalog zur Reduzierung der Lehrerarbeitslosigkeit legte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundeswissenschaftsminister, Anton Pfeiffer, vor. Seine wesentliche Überlegung ist, „daß diejenigen, die eine Lehrerstelle haben, bei Verminderung ihres Deputats mit einem kleinen Anteil aus ihrem Einkommen dazu beitragen, daß mehrere zehntausend arbeitslose Lehrer eine Beschäftigung im Schuldienst erhalten können.“

Der Staatssekretär erklärte im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft, daß etwa 20.000 arbeitslose Lehrer eingestellt werden könnten, wenn die jetzt eingestellten Lehrer ihre Lehrverpflichtung - und ihre Besoldung - um eine Unterrichtsstunde senken würden. Bei einer zusätzlichen Einschränkung des Ehegattenanteils im Ortszuschlag bei doppeltem Einkommen „oberhalb einer bestimmten Einkommensgrenze“ könnten weitere zehn- bis fünfzehntausend Lehrer eingestellt werden. Die interministerielle Arbeitsgruppe „Lehrerarbeitslosigkeit/Beschäftigungsmöglichkeiten für Lehrer“, die diese Zahlen errechnete, sieht positive Ansätze ferner in einer Veränderung des Dienstrechtes, mit der eine Teilzeitbeschäftigung, eine Beurlaubung oder die vorzeitige Zuruhesetzung ermöglicht werden soll. Zudem sollen Überstunden und Nebentätigkeiten abgebaut werden.

Pfeiffer betonte in einer Pressemitteilung seines Hauses, daß „bei weitem nicht allen jungen arbeitslosen Lehrern Plätze in der Schule angeboten werden könnten“. In gemeinsamen Anstrengungen mit der Wirtschaft und der Bundesanstalt für Arbeit solle deshalb der Einstieg in berufliche Tätigkeiten in der Wirtschaft erleichtert werden. Chancen sah Pfeiffer für die Bereiche Medien, Datenverarbeitung, Informatik und Betriebswirtschaft. Um die berufliche Neuorientierung der Lehramtsstudenten zu erleichtern, solle der Übergang zu Diplomstudiengängen verbessert werden.

Alle diese Vorschläge werden im Bundeswissenschaftsministerium für „finanziell machbar“ gehalten, was nicht gleichbedeutend sein müsse mit dem „pädagogisch Wünschbaren“. Andere Vorschläge, wie die von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) vorgeschlagene 35-Stunden-Woche, seien dagegen bei der gegenwärtigen Haushaltslage „auch nicht annäherungsweise zu verwirklichen“.

„Auch aus Gründen der Solidarität“ hält der Ausschussvorsitzende Kurt Vogelsang (SPD) die Kürzungs-

schläge für berechtigt. Der Parlamentarier rechnet mit einer vierprozentigen Gehaltskürzung, wenn eine Wochenstunde weniger Unterricht erteilt würde. Der SPD-Abgeordnete forderte zusätzlich eine Kürzung der Altersstufenerhöhung vor der Pensionierung. Er warnte ferner vor einer Überalterung der deutschen Lehrerschaft: Während jetzt knapp 62 Prozent der Schulpädagogen jünger als 40 Jahre seien, werde ein Einstellungsstopp dazu führen, daß 1990 83,6 Prozent der Lehrer älter als 40 Jahre seien, und keiner sei dann jünger als 35 Jahre.

Die GEW und der Deutsche Lehrerverband lehnten die Pläne der Regierung, die auch Unterstützung aus der SPD finden, ab, weil sie darin ein Sonderopfer einer Berufsgruppe sehen. Der GEW-Vorsitzende Dieter Wunder sagte, daß eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auch eine Senkung der Unterrichtsstunden zur Folge habe. Die Kosten der Arbeitszeitverkürzung müßten bei den jährlichen Tarif- und Besoldungsverhandlungen berücksichtigt werden.

Studienreformkommissionen schließen ihre Arbeit ab

Mit dem Abschluß der viereinhalb-jährigen Tätigkeit der niedersächsischen Studienreformkommissionen sei ein wichtiges hochschulpolitisches Vorhaben der Landesregierung abgeschlossen. Die Studienreformkommissionen des Landes hätten ihren Auftrag erfüllt und für nahezu sämtliche Studiengänge an den niedersächsischen Hochschulen Reformempfehlungen vorgelegt. Dies erklärte der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst, Dr. Johann-Tönjes Cassens, kurz vor Weihnachten in Hannover bei der Vorstellung des vom Vorsitzenden der Ständigen Kommission für die Studienreform, Professor Mahrenholtz, vorgelegten „Abschluß- und Erfahrungsberichtes“ der Studienreformkommissionen. Laut Cassens sei damit der erste Schritt zur inhaltlichen Neugestaltung der Hochschulstudiengänge getan. Nun liege es zunächst bei den Hochschulen, ihre Studienangebote zu überdenken und zu den Studienreformempfehlungen Stellung zu nehmen. Das letzte Wort über die Verwirklichung der Empfehlungen habe nach dem NHG der Wissenschaftsminister.

Von der Neuordnung erwartet die Landesregierung, so Cassens, zum ei-

Z-Prüfung soll geändert werden

Die niedersächsische Landesregierung will die Zulassungsprüfung für Nichtabiturienten zum Hochschulstudium neu ordnen. Die bisherige fachbezogene Hochschulzugangsberechtigung soll unter Berücksichtigung von § 37 Abs. 5 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes ersetzt werden durch eine Studienberechtigung für einen bestimmten Studiengang oder für mehrere einem Fach zugeordnete Studiengänge. Grundlage für diesen Plan, der in der Beantwortung einer Kleinen Anfrage im Landtag bekannt gegeben wurde, ist die bestätigte Erkenntnis, „daß Studienleistungen von Absolventen der Maturaprüfung hinsichtlich solcher Kriterien wie Zensuren, Studiendauer etc. zumindest nicht hinter denen anderer Studierender zurückbleiben“.

Die Landesregierung stütze sich bei ihrer Aussage auf eine Untersuchung, die von den wissenschaftlichen Mitarbeitern Dr. Wolf-Dieter Scholz und André Wolter unter der Leitung von Professor Dr. Schulenberg, Fachbereich 3, erarbeitet worden ist.

nen die Straffung und Entrümpelung der Studiengänge mit dem Ziel, die gegenwärtig überhöhten Durchschnittsstudienzeiten nachhaltig zu verkürzen, damit die Absolventen früher als bisher in das Berufsleben eintreten können. Zum anderen sollen die Studienangebote der Entwicklung in den Wissenschaften angepaßt und mit den Erfordernissen der beruflichen Praxis abgestimmt werden. Schließlich erhofft sich die Landesregierung von der flächendeckenden Einführung von Zwischenprüfungen eine wesentliche Qualitätsverbesserung der Hochschulausbildung. Der Minister wörtlich: „Durch die zügige Arbeit der Kommissionen wird die Studienreform in Niedersachsen noch zu einem Zeitpunkt zum Tragen kommen, zu dem eine Steigerung der Effizienz der Hochschulausbildung und eine erschöpfende Nutzung der bestehenden Ausbildungskapazitäten schon aus Gründen des Studienbewerberandrangs dringend geboten ist. Eine nachhaltige Verkürzung von überlangen Studienzeiten wird entscheidend dazu beitragen können, daß in den Zeiten des stärksten Bewerberandrangs für jeden Studienberechtigten und Studierwilligen ein Studienplatz zur Verfügung steht.“

Hochschulpolitik für die 90er Jahre

Im Rahmen der gegenwärtigen Diskussion um die zukünftige Struktur der Hochschulen hat Bundeswissenschaftsminister Dr. Dorothee Wilms Thesen zur Hochschulpolitik für die 90er Jahre vorgelegt.

1. AUFGABEN DER HOCHSCHULE

Die Aufgaben der Hochschulen umfassen die wissenschaftliche Grundausbildung und die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses, wissenschaftliche Weiterbildung, Erforschung und Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse, Pflege von Kunst, Musik und Sport und Mitarbeit an der Lösung regionaler Strukturprobleme.

2. VIELFALT DES HOCHSCHULSYSTEMS

Zur Erfüllung dieser verschiedenen Aufgaben sind unterschiedliche Hochschulformen mit je eigener Ausprägung unverzichtbar. Die Hochschulen sollen durch unterschiedliche Akzentuierungen des Angebots in Forschung und Lehre eigenständige Profile entwickeln können. Eine nur innere Differenzierung, wie sie dem Konzept der Gesamthochschule zugrundeliegt, bietet keine Gewähr für eine optimale Aufgabenerfüllung und deutliche Profilbildung.

3. HOCHSCHULWETTBEWERB

Der in den letzten Jahren kaum mehr mögliche Wettbewerb zwischen Hochschulen oder einzelnen Hochschuleinrichtungen um wissenschaftliche Anerkennung, Qualität in Forschung und Lehre sowie Forschungsmittel ist wieder zu beleben. Die Hochschulen müssen sich mittelfristig auch auf einen Wettbewerb um Studenten vorbereiten.

4. FACHHOCHSCHULEN

Die Fachhochschulen nehmen mit eigenen Studienprofilen, deren Kennzeichen Anwendungsorientierung und besonders intensive pädagogische Prägung sind, gleichwertig am Wettbewerb teil. Die Bemühungen um eine stärkere Angleichung der Eingangsgehälter und der Aufstiegsmöglichkeiten der Absolventen von Fachhochschulen und wissenschaftlichen Hochschulen sind zu intensivieren.

5. HOCHSCHULAUTONOMIE

Voraussetzung für Profilbildung und Wettbewerb zwischen den Hochschulen ist eine größere Selbständigkeit der Hochschulen. Dazu gehören eine größere Freiheit in der inhaltlichen Ausgestaltung von Studiengängen, größerer finanzieller Dispositionsfreiheit innerhalb des Hochschulhaushalts, auch mehr Flexibilität in der Personalpolitik.

6. HOCHSCHULFINANZIERUNG

Der Gesamtbereich der Hochschulfinanzierung ist unter dem ordnungspolitischen Gesichtspunkt des Wettbewerbs und der Möglichkeiten zur Differenzierung und Profilbildung zu überprüfen. Hochschulfinanzierung muß auch der Selbststeuerung der Hochschulen dienen. Besondere finanzielle Anreize sind für hervorragende Leistungen zu schaffen.

7. OFFENES ANGEBOT

Das Studium ist als Angebot an die junge Generation zu verstehen. Auch in Zeiten geburtenstarker Jahrgänge gilt es, den Zugang zum Studium nach Möglichkeit jedem Bewerber offenzuhalten, der über die bildungsmäßigen Voraussetzungen dazu verfügt. Dabei trägt jeder Studierende das mit dem Studium verbundene Berufsrisiko, das in Zukunft wesentlich größer sein wird als bisher.

8. STUDIERFÄHIGKEIT

Die Studierfähigkeit der Studienbewerber muß gestärkt und in höherem Maße als bisher bundesweit gewährleistet sein. Die Hochschulen sind von Belastungen, die sich aus unterschiedlichen und teilweise lückenhaften allgemeinbildenden und fachlichen Voraussetzungen der Studienbewerber ergeben, zu befreien. In diesem Sinne ist die gymnasiale Oberstufe weiterzuentwickeln.

9. STUDIENSTRUKTUR

Studieninhalte und Studienorganisation sind so zu gestalten, daß eine Verkürzung der Studienzeit auf in der Regel acht Semester erreicht wird. Die generelle Einführung von sogenannten Kurzstudiengängen erscheint nicht als ein erfolgversprechender Weg. Ihnen stehen keine entsprechenden Beschäftigungsmöglichkeiten gegenüber. Wo neue Studiengänge einzurichten sind, muß dem Wettbewerb und der Profilbildung der Hochschulen überlassen bleiben.

10. POSTGRADUIERTENSTUDIUM

Die Entwicklung eines Postgraduiertenstudiums ist Vorbedingung für die systematische Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Die inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung des Postgraduiertenstudiums liegt in der Verantwortung der einzelnen Hochschule und ist Element des Wettbewerbs.

11. WISSENSCHAFTLICHE ELITE

Wissenschaftliche Ausbildung für eine große Zahl junger Menschen und die besondere Förderung der wissenschaftlichen Eliten stehen nicht im Gegensatz, sondern ergänzen einander. Elitenförderung ist zu intensivieren, sie ist nur in unterschiedlichen Formen und bei vielfältiger Trägerschaft innerhalb und außerhalb der Hochschule zu realisieren.

12. WISSENSCHAFTLICHE WEITERBILDUNG

Wissenschaftliche Weiterbildung wird zunehmend wichtiger. Ihr Kriterium ist ausschließlich die Wissenschaftlichkeit. Auch durch den Beruf Qualifizierte müssen die Möglichkeit zur Teilnahme erhalten, wenn sie die erforderlichen Voraussetzungen mitbringen. Die Hochschule steht in der wissenschaftlichen Weiterbildung im Wettbewerb mit anderen Trägern, sie hat hierbei kein Monopol.

13. FORSCHUNG UND LEHRE

Das Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre behält für die Hochschule auch in Zukunft Gültigkeit. Die Formen seiner Realisierung sind dabei situationsbedingten Veränderungen unterworfen: Nicht zu jeder Zeit müssen Lehraufgaben und Forschungsaufgaben in allen Fachbereichen mit gleicher Intensität erfüllt werden. Eine vorübergehende Konzentration auf eine Aufgabe muß möglich sein.

14. FORSCHUNG

Die Hochschulen sind ohne den Forschungsauftrag nicht lebensfähig. Sie bilden das wichtigste Forschungspotential der Bundesrepublik. Über thematische Schwerpunkte entscheidet die Hochschule. Soweit erforderlich, sind für die Forschung an Hochschulen von der Lehre getrennte Organisationsformen zu entwickeln. Fachhochschulen sind mit eigener Fragestellung an der Forschung beteiligt.

15. FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Auch in der Forschung muß das Ordnungsprinzip Wettbewerb mehr Geltung bekommen. Der Einwerbung von Drittmitteln kommt in diesem Zusammenhang eine steigende Bedeutung zu. Eine größere Pluralität der Forschungsförderung ist anzustreben, private Initiativen sind mehr als in der Vergangenheit zu ermutigen und staatlich zu fördern.

16. INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Die internationalen Beziehungen der Hochschulen sind für Wissenschaft und Forschung unverzichtbar. Sie sind insbesondere auch auf europäischer Ebene zu vertiefen. Die Bedingungen für den wechselseitigen Austausch von Wissenschaftlern an den Hochschulen sind zu verbessern. Für die internationale Kooperation in der Hochschulforschung sind die bestehenden Möglichkeiten auszubauen.

„Gestern Türkei - Heute Deutschland“

Hans Karl Steffen, Maler aus dem Ruhrgebiet, zeigt unter dem Titel „Gestern Türkei - heute Deutschland“ Bilder gegen die Angst. Es handelt sich dabei um Exponate, die er mit türkischen Jugendlichen in einem sechsmonatigen Kurs an der Volkshochschule Bergkamen fertigstellte, sowie um eigene Werke. Die Ausstel-

lung wird am Montag, 16. Januar, eröffnet, sie dauert bis zum 15. Februar und wird im Ausstellungs- und Vortragssaal der Universitätsbibliothek gezeigt. Veranstalter sind der Fachbereich Kommunikation/Ästhetik sowie der Ergänzungsstudiengang „Lehrer für den Unterricht mit Kindern nichtdeutscher Muttersprache“

Petition an den Niedersächsischen Landtag

Text der Ostfriesischen Landschaft, Oldenburgischen Landschaft, Industrie- und Handelskammer im Wortlaut:

Die Ostfriesische Landschaft, die Oldenburgische Landschaft und die Oldenburgische Industrie- und Handelskammer bitten den Niedersächsischen Landtag und die Niedersächsische Landesregierung, die zur Einrichtung eines Studienganges Jura an der Universität Oldenburg notwendigen Beschlüsse zu fassen.

Der Nordwesten Niedersachsens ist im Vergleich zu Niedersachsens Süden und Südosten seit jeher hochschularm, ganz zu schweigen von einem Vergleich mit anderen Gebieten der Bundesrepublik. Landtag und Landesregierung haben daher seit Ende der 60er Jahre die Abänderung dieses Zustandes zunehmend zum Ziel ihres politischen Handelns gemacht. Beide haben diese Frage von Anfang an zwar in erster Linie als Anliegen der Bildungspolitik gesehen; dabei hat aber immer auch der Gedanke eine entscheidende Rolle gespielt, daß die Infrastruktur des Nordwestens durch Universitätsgründungen gestärkt werden würde. In der Denkschrift zur Gründung der Universitäten Oldenburg und Osnabrück, vorgelegt im April 1970 von Kultusminister Richard Langeheine, heißt es zu den Zielen der Universitätsgründungen in Oldenburg und Osnabrück u.a. wörtlich, es solle ein regionaler Ausgleich der Bildungschancen im Hochschulbereich innerhalb Niedersachsens eingeleitet werden; man wolle „dadurch auch die Infrastruktur dieses Landesteils“ - des Nordwestens - „erheblich verbessern.“

Dieser Grundgedanke des Zusammenhangs von Bildungspolitik und regionaler Strukturpolitik spielt seitdem in der Hochschulpolitik von Landtag und Landesregierung eine maßgebliche Rolle, § 5 Abs. (3) Ziffer 9 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes vom 1. Juni 1978 fordert ausdrücklich eine den Zusammenhang aller Hochschuleinrichtungen berücksichtigende Planung sowie ein regional und überregional ausgeglichenes Angebot an Hochschuleinrichtungen. Im Landesraumordnungsprogramm vom 16. Juni 1982 heißt es im Abschnitt „Bildung und Kultur“: „In allen Teilräumen des Landes soll der Bevölkerung in zumutbarer Entfernung ein vielfältiges und möglichst hochwertiges Angebot an Einrichtungen der Bildung und der Kultur zur Verfügung stehen“ und „Innerhalb des Landes ist ein großräumig ausgewogenes Angebot an Studienplätzen anzustreben.“ Zum gleichen Thema sagt der Raumordnungsbericht der Landesregierung 1980 im Abschnitt Bildung, Wissenschaft und Forschung: „Die neu zu schaffenden Studienplätze sollen überwiegend in den Regionen entstehen, die bisher mit Studienplätzen unterversorgt sind. Im Nordwesten sollen die Universitäten Oldenburg und Osnabrück sowie die Fachhochschule Ostfriesland am Standort Emden ausgebaut werden“, „Die Hochschulen haben neben ihrer Funktion der regionalen Versorgung mit Bildungsangeboten zugleich eine erhebliche Bedeutung für den Arbeitsmarkt sowie für die Standortqualität des betreffenden Hochschulortes.“ Diesen Grundgedanken hat noch 1980 der Wissenschaftsrat ausdrücklich bestätigt.

In Niedersachsen stand es von Anfang an fest, daß Oldenburg und Osnabrück den vollen klassischen Fächerkanon der alten Universitäten schon aus Kostengründen nicht erhalten konnten. Eine Einengung des Fächerspektrums war unvermeidlich. Das Fach Rechtswissenschaften spielte jedoch in allen Betrachtungen schon frühzeitig eine entscheidende Rolle. Die Denkschrift des Jahres 1970 schlug es bereits für Oldenburg vor, und auch in allen weiteren Erörterungen hat die gleiche Frage gestanden. In der Sitzung des Niedersächsischen Landtages am 27. Juni

1979 hat der Minister für Wissenschaft und Kunst namens der Landesregierung erklärt, die Landesregierung beabsichtige, an der Universität Oldenburg einen juristischen Fachbereich zu errichten. Dies sei der Universität mit Erlaß vom 15. Mai 1979 mitgeteilt worden. Vor einer förmlichen Genehmigung solle die Frage nach einem inhaltlichen Schwerpunkt der geplanten juristischen Ausbildung durch eine Expertenkommission geklärt werden; die materielle Grundsatzentscheidung habe die Landesregierung bereits getroffen.

Die Expertenkommission hat im Mai 1981 ihren abschließenden Bericht vorgelegt. Sie empfiehlt, an der Universität Oldenburg einen rechtswissenschaftlichen Fachbereich einzurichten. Dabei führt sie aus, die Existenz eines Fachbereiches Jura sei für die weitere Entwicklung der Universität Oldenburg von einer „Lehrerausbildungsstätte“ zu einer leistungsfähigen und allgemein anerkannten echten Universität von entscheidender Bedeutung; die Lehre und Erforschung des Rechts werde die Möglichkeit interdisziplinärer Zusammenarbeit fördern und ihr Ansehen bei der Bevölkerung stärken. Gewicht für die Empfehlung der Kommission habe auch ihre Einschätzung, ein rechtswissenschaftlicher Fachbereich in Oldenburg habe wegen seiner zentralen Lage in der Nordwestregion Niedersachsens gute Chancen, sich auf Dauer zu behaupten und überregionale Bedeutung zu erlangen.

Die gesamte Nordwestregion, für die wir heute sprechen, hat die Entscheidung der Landesregierung und das Ergebnis der Kommissionsarbeit mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen. Die Universität Oldenburg war bis vor kurzem überwiegend eine Einrichtung der Lehrerbildung; mehr als die Hälfte ihrer Studenten gehörten Studiengängen an, die auf das Lehramt vorbereiten. Im Interesse der Entwicklung der Universität müßte sich dieser Zustand auch dann ändern, wenn nicht ohnehin aus den bekannten Gründen die Ausbildung für das Lehramt rückläufig wäre. Qualität und Leistungsfähigkeit der Universität stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Vielfalt ihrer Studienangebote. Die Möglichkeit, in Forschung und Lehre interdisziplinär zu arbeiten, trägt zur Attraktivität einer Hochschule für qualifizierte Wissenschaftler und Studenten entscheidend bei. Auch deshalb sehen wir in der Einrichtung eines juristischen Studienganges einen unverzichtbaren Schritt zur Erreichung der gerade für eine Universität wie Oldenburg zwingend gebotenen Angebotsvielfalt.

Daran ändert auch der dankbar begrüßte Beschluß der Landesregierung nichts, der Universität einen Studiengang „Angewandte Informatik“ zu geben. Mit 90 Studienanfängern im Jahr ist ein Studiengang Informatik quantitativ kein Ersatz für den Studiengang Jura. Beide Studiengänge müssen nebeneinander neu eingerichtet werden. Das ist schon deshalb erforderlich, weil die weniger vorhandenen Diplomstudiengänge hoffnungslos überlastet sind: z.B. können der Diplomstudiengang Pädagogik mit 1.300 Studenten sowie die Diplomstudiengänge Sozialwissenschaften mit demnächst 1.000 und Wirtschaftswissenschaften mit bald 2.000 Studenten weder durch Jura allein noch durch Informatik allein hinreichend entlastet werden. - Wir möchten an dieser Stelle bemerken, daß auch andere denkbare Alternativen zu einem Studiengang Jura entweder weniger Studienplätze bereitstellen oder geringere - weil nur spezielle - Berufsmöglichkeiten bieten und zudem erheblich kostspieliger sind. Auch das ist unserer Meinung nach ein Argument,

das nach den Maßstäben politischer und wirtschaftlicher Vernunft eindeutig zugunsten eines juristischen Studienganges spricht.

Dem wird häufig entgegengehalten, es gebe keinen Bedarf an zusätzlichen Ausbildungsstätten für Juristen; das Angebot an Juristen übersteige schon jetzt die Nachfrage erheblich. Wir halten dieses Argument nicht für stichhaltig. Bundesweit gibt es alljährlich mehr als 10.000 Erstsemester im Bereich Rechtswissenschaften. Ihnen gegenüber fällt die geplante Zahl von ca. 150 Erstsemestern in Oldenburg überhaupt nicht ins Gewicht. Wer Jura studieren will, kann daran nicht gehindert werden; das zentrale Verteilungsverfahren garantiert jedem Studienbewerber dieses Faches einen Studienplatz. Zudem belegen Untersuchungen über das Wanderverhalten von Studenten, daß der größere Teil der 150 für Oldenburg vorgesehenen Studienanfänger an einer anderen Universität Jura studieren würde, wenn es nicht zur Einrichtung eines juristischen Studienganges in Oldenburg käme. Als echte zusätzliche Studienanfänger im Fach Jura können darum nur die gezählt werden, die bei Einrichtung des Jurastudienganges in Oldenburg statt eines anderen, in Oldenburg angebotenen Studienganges nun in Oldenburg Jura wählen. Diese Zahl dürfte maximal bei 70 Studienanfängern im Jahr liegen, also bei weniger als einem Prozent der Gesamtzahl der Studienanfänger in der Bundesrepublik. - Die Frage der Beschäftigungsmöglichkeit einer so geringen Zahl von Hochschulabgängern stellt sich im übrigen im Bereich der Rechtswissenschaften mit dem überaus breiten beruflichen Spektrum dieses Faches als sehr viel weniger schwierig dar als bei fast allen anderen Ausbildungsgängen.

Einem weiteren, gelegentlich gehörten Argument können wir ebenfalls entgegenreten. Es geht darauf hinaus, die Einrichtung eines Studienganges Jura in Oldenburg gefährde die weitere Entwicklung des entsprechenden Studienganges an der Universität Osnabrück und führe zu einer beiden Universitäten abträglichen Konkurrenz um Studienbewerber. Das ist jedoch nicht zu befürchten. Untersuchungen des Instituts für regionale Bildungsplanung in Hannover belegen, daß ein Studiengang Jura in Oldenburg vor allem den überfüllten juristischen Fachbereich der Universität Göttingen entlasten würde. Auch die von der Landesregierung eingesetzte Expertenkommission „Jura Oldenburg“ ist in ihren Untersuchungen zu dem Schluß gekommen, ein juristischer Fachbereich in Oldenburg werde langfristig ausgelastet sein, ohne daß negative Auswirkungen auf benachbarte Standorte befürchtet werden müßten. Daß die beiden Universitäten Oldenburg und Osnabrück deutlich voneinander abgegrenzte Einzugsbereiche besitzen, bestätigt auch die jüngst vom Bundesbildungsminister herausgegebene Untersuchung „Alte und neue Universitäten. Einzugsbereiche und Ortswahl der Studenten. Motive und Verhalten“. Auch sie entkräftet die Befürchtung, der Einzugsbereich der Universität Osnabrück gewährleiste nicht die Auslastung der dortigen Studiengänge.

Alle anderen Fragen, die in der aktuellen Diskussion eine Rolle spielen, sind lösbar, so z.B. die der Zusammensetzung der Aufbaukommission; die Bildung eines arbeitsfähigen Gremiums ist der Landesregierung in dem rechtlich gesetzten Rahmen ohne weiteres möglich.

Das Hin und Her um die Einrichtung eines juristischen Studienganges an der Universität Oldenburg dauert nunmehr fast anderthalb Jahrzehnte. Die Frage ist in jeder Hinsicht entscheidungsreif. Was eine positive

Entscheidung von Landtag und Landesregierung bedeuten würde, ist jedem klar, der die Verhältnisse an der Universität Oldenburg kennt. Sie wird dort von vielen als der ermutigende Durchbruch empfunden werden, der die Lage an dieser Universität in vielen Bereichen entscheidend verbessern wird. Wer immer in Ostfriesland und Oldenburg an Hochschul- und an Bildungsfragen überhaupt interessiert ist, sieht die Situation nicht anders. Umgekehrt würde eine negative Entscheidung die durch die Landesregierung und zahlreiche maßgebliche Landespolitiker geweckten Erwartungen auf das Tiefste enttäuschen; ein Vertrauensverlust in unserem Raum wäre unvermeidlich. Die Annahme, eine ableh-

nende Entscheidung würde die so lange erörterte Frage zur Ruhe bringen, halten wir für unrealistisch. Die Einsicht, daß es keine gleichwertigen Alternativen zur Einrichtung eines rechtswissenschaftlichen Studienganges für die Entwicklung der Universität Oldenburg gibt, ist in unserer Region ebenso wie an der Universität weit verbreitet. Eine Ablehnung könnte deshalb die Anstrengungen der Region nur verstärken und vertiefen. Wir appellieren unter diesen Umständen eindringlich an Landtag und Landesregierung, mit der Einrichtung eines juristischen Studienganges endlich einen entscheidenden, in die Zukunft weisenden Schritt für die Weiterentwicklung der Oldenburger Universität zu tun.

Volkshochschularbeit im Moor in der Weimarer Republik

Das Sommersemester 1983 an der Universität Oldenburg zeichnete sich aus durch ein ungewöhnliches Seminar. Im Fach Erwachsenenbildung wurde Studenten und der alten Generation (60-80jährige) das Thema „Die Volkshochschulbewegung der Weimarer Zeit, dargestellt am Beispiel der Arbeit von Bertha Ramsauer“, angeboten. Die Leitung hatten Prof. Dr. Barbara Füllgraff und Prof. Dr. Wolfgang Schulenberg. Mit der alten Generation, zu der auch die Autorin dieses Berichtes gehört, sind hier die ehemaligen Teilnehmer der ersten Oldenburger Heimvolkshochschule in Husbäke am Hunte-Ems-Kanal in der Gemeinde Edewede gemeint. In diesem öden Moorgebiet, das westlich über Esterwegen hinausreicht, wo die Nationalsozialisten später das Konzentrationslager einrichteten, in welchem auch Carl von Ossietzky gefangen gehalten wurde, baute Anfang der 20er Jahre eine weitschauende, mutige Pädagogin - Bertha Ramsauer - zusammen mit überzeugten jungen Menschen auf einem Kolonat ein Volkshochschulheim.

Bei aller Freude darüber, daß die für uns älteren Teilnehmer so bedeutsam gewordene Volkshochschulzeit offiziell Gegenstand des Reflektierens und Miteinander-Redens werden sollte, zögerten wir ein wenig, waren wir etwas scheu: Wir noch im Hörsaal einer Universität? Können wir uns verständlich machen für junge Menschen? Würden sie uns überhaupt annehmen? Tatsächlich erschien eine Gruppe Ehemaliger und sie hielten durch. Zwischen Jung und Alt entwickelte sich ein für uns unerwarteter Kontakt, der sowohl im menschlichen als auch im zeitgeschichtlichen Interesse seinen Schwerpunkt hatte. Wir fühlten uns schnell angenommen von den Studenten, die freundlich und hilfsbereit - doch nicht etwa betreuend - uns ganz selbstverständlich einordneten. Das gab eine gute Gesprächsbasis, wenn auch wegen generationsbedingten unterschiedlichen Sprachgebrauchs manches geklärt werden mußte.

Prof. Dr. Elisabeth Siegel, die regelmäßig aus Osnabrück dazukam, hat das Bild der Weimarer Zeit, das den Nachkommen meist negativ übermittelt wird, aus eigenem Miterleben überzeugend und mit hervorragender Sachkenntnis zurechtgerückt: Die bereits im Kaiserreich sich anbahnende echte Revolution habe eine Fülle geistiger Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen, die unter anderem in der Politik, Deutschland wurde vom Untertanenstaat zur Demokratie und in der Pädagogik - Reformpädagogik von Herman Nohl - bedeutenden Ausdruck fand. Das führte unmittelbar in unser Thema. Im Winter 1923/24 begannen im Oldenburger Moor junge Männer und Frauen, arbeitslose Handwer-

ker, Lehrer und Ungelernte, von Gedanken des Siedelns und geistiger Erneuerung inspiriert, ihre Arbeit: Abtragen des Hochmoors, Kultivieren des Bodens und Errichten eines Steinhauses in vom Siedlungsamt festgesetzter Frist. Dabei blieben geistiges Arbeiten mit Bertha Ramsauer und das Diskutieren selbstverständlich. 1926 stand das erste Haus, und die ersten Lehrgänge von halb- bis ganzzähriger Dauer begannen. Bertha Ramsauer überzeugte uns davon, daß persönliches Sich-Bilden erst mit sozialem Handeln den ganzen Menschen erfasse. In geradezu bedrückender Weise waren in unserer Nachbarschaft derartige Aufgaben gegeben: Moorbewohner in düsterten Lebensverhältnissen; völlig überarbeitete Frauen, die Moarbeit, Haushalt und Kinder zu besorgen hatten, während die Männer in der Fabrik den notwendigsten Geldbedarf beschafften. Diese isoliert lebenden Leute waren uns gegenüber zu nächst mißtrauisch. Nur allmählich nahmen sie unsere Hilfsangebote - Pflege in Krankheitsfällen, Versorgung der Kinder und vieles mehr - an. So entwickelte sich Nachbarlichkeit zur „Hochschool“.

Finanzielle Stützung hätten wir durch Anschluß an eine größere Organisation, Partei, Konfession o.a. finden können. Doch wir wollten ungebunden bleiben. Sparsamste Lebenshaltung paßte ohnehin in unser Konzept. Entscheidend war, daß Bertha Ramsauers pädagogisches Handeln keinerlei Einengungen zuließ. Diese Offenheit machte das Zusammenleben mit Menschen verschiedenster Lebensentstellungen komplizierter. Aber das entsprach unseren Vorstellungen vom Entstehen einer Gemeinschaft. Dieser Bericht kann leider nur begrenzt einen Überblick über das ausgezeichnete und erfreuliche Seminar 1983 wiedergeben. Doch etwas muß noch gesagt werden: Wir waren erstaunt über das Verständnis der Studenten für unsere damalige Beziehung zur Umwelt und unseren Einsatz für die Bevölkerung. Es gelang den Studenten, sich in Bertha Ramsauers Pädagogik, ihre Pläne und den Geist dieser Heimvolkshochschule hineinzuversetzen. Durch das große Engagement und die intensive Vorarbeit von Frau Füllgraff und Herrn Schulenberg wurde es möglich, die Arbeit Bertha Ramsauers anschaulich zu machen. Die Zurückhaltung beider während der Seminaregespräche wirkte sich äußerst positiv aus. Es wäre zu wünschen, daß derartige Seminare, in denen wichtige pädagogische und gesellschaftspolitische Ansätze der Vergangenheit wieder lebendig werden, weiterhin stattfinden könnten. Ein Dank der Universität, der Seminarleitung und unseren jungen Seminarteilnehmern.

Grete Devulder

Veranstaltungen mit Walter Kempowski

Walter Kempowski, Schriftsteller und Lehrbeauftragter an der Universität, lädt zu öffentlichen Vorträgen und zwei Wochenendseminaren ein, die sich mit Problemen der Literatur und der Pädagogik beschäftigen.

Die Teilnahme an den Blockseminaren am Wohnsitz Kempowskis in Nartum ist kostenfrei. Am 26. und 27. Januar lautet das Thema „Biographisches Material und seine Verwendung. Ein Beitrag zur Biographieforschung“. Um „Kempowskis Einfache Fibel“ geht es am 1. und 2. Februar. Die Busfahrt nach Nartum beginnt jeweils um 8.30 Uhr bei der Fußgängerbrücke zwischen dem Allgemeinen Verfügungszentrum (AVZ) und dem neuen Zentralbereich am Uhlhornsweg.

Die einzelnen Vorträge in der Universität: „Die wenig gegliederte Schule“, 24. Januar, 20.15 Uhr, Raum B 107; „Die Harzreise in Tadelöser und Wolf“, über Form, Inhalt und Quellen“, 25. Januar, 20.15 Uhr, Vortragssaal der Universitätsbibliothek; „Pädagogische Ideale und deren Wiederbelebung. Aus der Geschichte der Pädagogik“, 31. Januar, 20.15 Uhr, Raum B 107; „Glück am Wege“, 1. Februar, 20.15 Uhr, Vortragssaal der Universitätsbibliothek; „Der Historische Teppich“, Untersuchung über historisch-politische Substanzen in der Chronik“, 8. Februar, 20.15 Uhr, Vortragssaal der Universitätsbibliothek; „Klein-Biographien in der Chronik“ und deren Funktion“, 15. Februar, 20.15 Uhr, Vortragssaal der Universitätsbibliothek.

„Kassandra“ vorgestellt

Am Dienstag, 7. Februar, 20.15 Uhr, wird im Vortragssaal der Bibliothek Christa Wolfs „Kassandra“ von Professor Dr. Manfred Dierts vorgestellt. Veranstalter ist das Literarische Colloquium.

Hohe Zuwachsraten in der Bibliothek

Eine positive Bilanz zieht die Leitung der Universitätsbibliothek nach zwölfmonatiger Tätigkeit der Einrichtung im Neubau am Uhlhornsweg. Die Ausleihzahlen sind „über alle Erwartungen“ gestiegen: von durchschnittlich 6.500 pro Monat unter den erschwerten Bedingungen im Altbau und dem größten Teil der Bestände in dem ehemaligen Magazin in Wechloy auf inzwischen etwa 17.000 Bände pro Monat.

Ursache der großen Resonanz ist die Konzeption der Bibliothek, in der alle Bücher frei zugänglich sind. Allerdings hegt die Bibliothek gar keinen großen Ehrgeiz im Hinblick auf die

hohen Ausleihzahlen, denn ausgeliehene Bücher stehen anderen Interessenten nicht zur Verfügung. Der Leiter der Benutzerabteilung, Ralph Gätke, äußert deshalb den Wunsch, daß die bei der Planung angestrebte und weitgehend realisierte Intimität der Arbeitsatmosphäre zusammen mit einem umfangreichen und frei zugänglichen Hintergrund von Büchern, Zeitschriften und anderen Medien noch mehr Benutzer zur Arbeit in der Bibliothek selbst animiert.

Gleichwohl kann die Bibliothek darauf verweisen, daß der Benutzerstrom derzeit schon bei fast 30.000 Besuchern liegt, so daß davon ausge-

gangen wird, daß die Bibliothek zunehmend als Arbeits-, Lese- und Kommunikationsstätte genutzt wird. Dabei macht die Zahl der 16.100 eingeschriebenen Benutzer - bei etwa 8.500 Studenten der Universität - deutlich, daß auch die außeruniversitäre Öffentlichkeit in hohem Maße zu dieser Benutzungssteigerung beiträgt.

Ruhe

Die ruhigen Zeiten sind vorbei. Nicht, daß die Oldenburger Studenten aufsässiger wären als andere. Nein, das neue Universitätsgebäude am Uhlhornsweg besitzt eine Lautsprecheranlage, die auch die Seminarräume erreicht. So können hochfliegende philosophische Gedankengänge oder körpernahe Ausführungen der Sportwissenschaftler jederzeit unterbrochen werden, und der Theorie-Praxis-Bezug wird sichergestellt durch Hinweise wesentlichster, ja geradezu existentieller Art, wie „Herr X., bitte beim Pflörmel melden“ oder „Der Fahrer des Wagens... wird gebeten...“. Außerdem erhalten die Psychologiestudenten unter den Seminarteilnehmern interessantes Anschauungsmaterial für charakterologische Studien: Wird der Sprecher nach dem Einschalten des Mikrophons geräuschvoll hineinrasten oder taktvoll mit dem Finger darauf klopfen? Genügt ihm eine Probe, oder wird er den eigenen Sinnen mißtrauend - den Vorgang mehrmals wiederholen? Haben wir noch vor wenigen Jahren den Kopf geschüttelt über Hochschul-lehrer, die erbst nach dem Kadi riefen, wenn ein Studierender es wagte, in ihren Vorlesungen eine Bemerkung zu machen oder eine Frage zu stellen, so kommt auf einmal Verständnis für diese Haltung auf.

Und das liegt nicht an der politischen „Wende“, sondern an einer technischen Einrichtung, dem Lautsprecher. Wilhelm Bütemeyer

Kinder schreiben für Kinder

Der 15jährige Manuel Zieslesny ist einer der sieben Preisträger des vom Norddeutschen Rundfunk und von der Oldenburger Kinder- und Jugendbuchmesse organisierten Wettbewerbs „Kinder schreiben für Kinder“ 1983. Manuel schrieb seinen „Friedenswunsch“, der auch gesendet wurde:

Friedenswunsch

Der Frieden ist weit,
was ist mit uns geschehen,
wir können nur noch einen Wald
aus Waffen sehen.
Raketen bedrohen wie eine Mör-
derhand
alles Leben in unserem Vaterland.
Noch dreht sich die Erde,
noch können wir leben,
doch wenn ein Krieg ausbricht,
wird alles erbeben.
In Schutt und Asche wird sie liegen,
wäre Erde, die wir so lieben.
Wer überlebt, wird zum Himmel
flehen,
daß er aus der Erdenhölle dürfe
gehen.

Mein Wunsch: könnten wir auf alle
Waffen verzichten,
die doch nur unsere Erde vernichten.
Das Leben auf einem Pulverfuß
bedeutet Angst und Panik -
wer verkauft das?
Vertrauen wir auf Verhandlungen
mit Verstand,
wenn es geht um den Frieden in
unserem Land.

Erschienen ist inzwischen ein
Bändchen, in dem die besten Bei-
träge des gleichen Wettbewerbs
aus dem Jahre 1982 abgedruckt
sind. Das Buch wurde von Kristi-
ne und Kurt Birr, Regina Hum-
bert und Hans-Dietrich Raapke
herausgegeben und kann beim
NDR, Studio Oldenburg, ange-
fordert werden.

Spendenaufwurf

In Nordost-Brasilien, einer Region sechsmal größer als die Bundesrepublik, hat es seit fünf Jahren nicht mehr geregnet. Zehn Millionen Menschen leiden unter Hunger und Durst. Die Kindersterblichkeit ist auf 40 Prozent angestiegen. Der Vorsitzende der brasilianischen Bischofskonferenz, Kardinal Lorscheiter, erklärte, daß drei Millionen Menschen 1984 der Hungertod droht.

Wir Lehrende an der Universität Oldenburg, die wir in Brasilien gearbeitet haben, kennen Not und Elend in diesem Lande. Die gegenwärtige Dürrekatastrophe, die das bislang bekannte Maß in erschreckender Weise übersteigt, ruft zu sofortiger und direkter Hilfe auf, unbürokratisch und schnell.

An der Bundesuniversität in Fortaleza, im Nordosten Brasiliens an der Küste gelegen, hat sich eine „comissao da seca“ (Kommission zur Trockenheit) gebildet, die in Zusammenarbeit mit einer Gruppe

dort lebender und arbeitender deutscher Experten Brunnen und Pflanzprojekte in Selbsthilfe unterstützt. Mit 3.000 Mark für Saatgut und Baumaterial zum Brunnenbau kann einer kleinen Bauerngemeinde die entscheidende Überlebenshilfe gegeben werden. Wir bitten daher um Geldspende. Dieses Geld werden wir unbürokratisch der „comissao da seca“ für ihre Hilfsprojekte zukommen lassen! Unser Spendenkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Oldenburg, Konto-Nr. 1951900000, BLZ: 2801011, Kennwort: „Hilfe für Nordostbrasilien“.

Dr. Dieter Brühl
Prof. Dr. Jürgen Dieckert
Prof. Dr. Klaus Floret
Jürgen Koch
Prof. Dr. Alexander Rauh
Kontaktadresse für Spendenbe-
scheinigungen und weitere Rück-
fragen: Dr. Dieter Brühl, Universi-
tät Oldenburg, FB 3, Birkenweg 5,
2900 Oldenburg, Tel.: 798-8359.

Von einem der auszog, um Bücher zu finden

Es war einmal ein karger Dozent, der seinen ach so wissensdurstigen Studi-
dosen viel für ihr späteres Auskommen
geben wollte. So plante er eines küh-
len Winterabends im alten Jahr, nahe
dem Ofen in der guten Stube, daß
sich seine Zöglinge auch mit guten
Büchern bilden mögen. Er verfaßte
ein Schreiben, der Form gerecht und
mit der Bitte, es solle schnell gesche-
hen. Er übergab es an einen Diener
des Allmächtigen, der sein Geld-
säckel für solcher Dinge öffnet, um
aller Welt geschriebenes Wissen zu
offenbaren. Geschwind erhielt er
darob die Mitteilung, daß sein Ansin-
nen gnädig befürwortet werde.

So verging ein gutes Viertel des neuen
Jahres, bis schließlich der Frühling
die Saat austrieb. Leichten Herzens,
sein Vorhaben sei eingelöst worden,
konnte er sich auf dem Land seines
kleinen Gutes zu schaffen machen.
Schon bald kam für ihn die Zeit, in
der er wieder Vorträge zu halten hat-
te. Auch wurde er viel gefragt, wor-
auf er gerne Antwort gab. Der Do-
zent war besonders erfreut, als er mit
seiner Antwort Hinweise auf die neuen
Bücher geben konnte. Auch der
Student freute sich, endlich das rich-
tige zu finden, was ihm ein gutes Leh-
ren versprach. Denn nach einem hal-
ben Jahr sollte dieser zeigen, was er
vom Lehren verstände.

Doch es kam anders: Inzwischen war
Sommer. Als der Tag der Woche sich
wiederholte, an welchem sich beide
wiedersahen, sagte der Student, er
könne keine neuen Bücher auffinden.
Der Dozent ließ verlauten, der Student
habe nicht richtig gesucht. Er
solle nachfragen. Wieder kam der
Tag der Woche, an welchem sich beide
trafen, und der Student äußerte,
daß er auch mit fachkundiger Hilfe
die Bücher nicht hätte finden könn-
en. So gab der Dozent ihm am näm-

lichen Tage das Schreiben, mit dem
er die neuen Bücher erbeten und auch
zurückhalten hatte, daß die Bücher
bald zugehen sein würden.

Mit diesem ging der Student am
nächsten Tag zu der Stelle, wo es die
neuen Bücher geben sollte. Doch ver-
gebens. Leider brach bei dem Zustän-
digen des Allmächtigen der Urlaub
an. Und nur dieser konnte helfen. So
bat ein anderer um das Schreiben des
Dozenten, um herauszufinden, was
sich machen ließe. Da der Student
das Schreiben aber wieder seinem
Meister zurückgeben mußte, weigerte
er sich, es auszuhändigen. Mit großem
Erstaunen konnte der Student nun
feststellen, daß der Vertreter des
Zuständigen des Allmächtigen das
Schriftstück mit einem großen, gera-
dezu undurchschaubaren Apparat,
binnen kürzester Zeit genau nach-
zeichnen konnte. Nachdem an zwei
Tagen Arbeitsruhe herrschte, erkun-
digte sich der Student am dritten Tage
nach seinem Anliegen. Er hörte,
daß die neuen Bücher zwar da seien,
jedoch noch zu bearbeiten wären.
Das ließ dem Studenten keine Ruhe;
er fragte, wo die neuen Bücher sein
könnten und wollte das nachgezeich-
nete Schreiben dort vorlegen. Man
teilte ihm mit, daß es bereits an be-
sagter Stelle angelangt sei. Just zog er
hin.

Dort ward er herzlich empfangen,
aber wo die Bücher seien, würde man
erst morgen wissen. Dazu brauchte
man das Schreiben. Der Student
meinte, es sei doch nachgezeichnet.
Jedoch wußte man hier nichts davon.
So versuchte man einen Apparat zu
finden, der das Schreiben wiederum
nachzeichnet. Doch der Apparat war
erkrankt. So wurde das Schreiben
handschriftlich verkürzt.
Wieder um einen Tag vertröstet
schief der Student sehr unruhig mit

dem Gedanken, wann endlich er das
Verheißene in seinen Händen haben
würde. Gespannt erkundigte er sich
am nächsten Tag. Zwei der Bücher
seien schon da, ein paar andere kämen
morgen und ein letztes später.
Sobald die Bücher da seien, wollte
man sie selbst hinübertragen, um sie
schnell noch mit den ihnen zustehen-
den und ihrer Art entsprechenden
Zahlen versehen zu lassen.

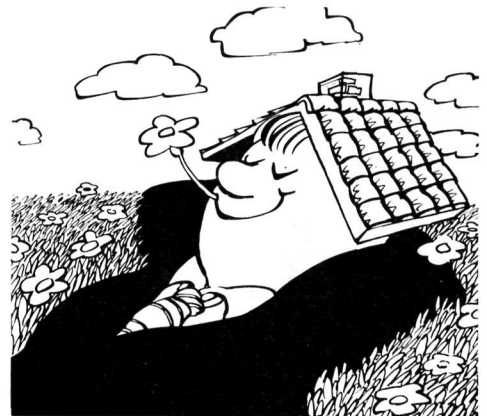
Voll neuer Hoffnung konnte der Stu-
dent sich nun auch wieder anderen
wichtigen Dingen zuwenden. Er zähl-
te einige Tage und griff dann zu einem
Gerät, mit welchem er über
Draht mit fremden Personen spre-
chen konnte. Er fragte, ob denn die
neuen Bücher schon ihre Nummern
tragen würden. Aber man wußte von
keinen neuen Büchern. So zog der
Student am nächsten Tage wieder
aus, um zu erfahren, warum sie noch
nicht an der Stelle seien, wo sie ihre
Nummern bekämen. Man sagte ihm,
sie seien dort, schließlich hätte man
sie ja selbst hinübergetragen. Also
ging er wieder den Weg zurück und
sagte dort, daß sie eigentlich da sein
mußten. Eine andere Person fragte
sodann, welche Nummer sie denn be-
kommen sollten. Der Student wußte
keine Antwort. So wurde über Draht
gefragt, um welche Nummern es sich
handeln würde. Jetzt wußte man die
Nummern und begann in verschiede-
nen meterhohen Stapeln anderer
neuer Bücher zu suchen. Vergebens.

Man fragte schließlich über Draht die
Stelle an, an der die Bücher ausgege-
ben werden, ob sie da seien. Und sie-
he da, zwei Bücher fanden sich ein.
Der Student sollte gucken, ob sich
auch die anderen dort befänden.
Nachdem er den langen Weg von der
einen zur anderen Stelle gelaufen
war, fanden sich in der ersten weite-
re Bücher ein. Der Student lief also
wieder hin und her.

Zwar gab es immer noch nicht alle
Bücher, die er dringend brauchte und
die sein kluger Dozent nahezu zu
drei Viertel des Jahres vorher bestellt
und auch überwiegend als vorhanden

bestätigt bekam, aber wie es in den
meisten Märgen ist: Entweder hat
der Student resigniert, ist gestorben
oder läuft heute noch.

Joachim Lange Peter Scherbrock



EIGENTUM IST MATERIELLER BESITZ. UND MEHR.

Kaum eine Geldanlage erzielt so hohen und sicheren Wertzuwachs wie Haus- und Wohnungsbesitz. Ein Haus, das z.B. vor zehn Jahren gebaut wurde, kann heute das Doppelte wert sein.

Ganz abgesehen von der Sicherheit und Unabhängigkeit, die sich der Mensch mit etwas Eigenem erwirbt. Und die mit Geld nicht aufzuwiegen sind.

Eigentumsbildung planen Sie am besten zusammen mit Ihrem BHW-Berater. Rufen Sie ihn an. Das BHW steht in jedem örtlichen Telefonbuch.

Beratungsstelle: 2900 Oldenburg, Bahnhofplatz 4, Fernruf (04 41) 2 58 88/9.
BHW-Berater Hannes Wesemann, Eutiner Str. 16, 2930 Bad Zwischenahn, Fernruf (0 44 03) 55 74.
Und für alle die nicht im öffentlichen Dienst arbeiten, gibt es jetzt die AHW-Bausparkasse, eine Schwesterorganisation des BHW.

BHW
Auf uns baut
der öffentliche Dienst.

Leserbriefe • Leserbrief

Dienstreise mit dem Fahrrad

„Der Leser des Beitrages 'Dienstreise mit dem Fahrrad' im uni-info 17/83 könnte geneigt sein anzunehmen, die böse Universitätsverwaltung habe um jeden Preis verhindern wollen, daß der Bibliotheksrat Heinrich Allers sein Fahrrad auf Dienstreisen mitführt und es für Fahrten am jeweiligen Dienort benutzt. Er könnte weiter meinen, daß es der Verwaltung nur mit List und Tücke gelungen sei, Herrn Allers über zwei Jahre hinweg von seinem Vorhaben abzubringen und daß die Verwaltung schließlich zähneknirschend habe hinnehmen müssen, daß Herr Allers nun doch zu seinem Recht gekommen ist. Daß dem aber nicht so ist, das hätte die Pressestelle der Universität Oldenburg feststellen können, wenn sie sorgfältiger recherchiert hätte. Es hätte wohl auch weniger als zwei Jahre bedurft und wäre durchaus lösbar gewesen, die Pressestelle die gar nicht komplizierten speziellen Regelungen des Reisekostengesetzes zu diesem Fall klarzumachen.“

Für die verständigen Leser die Lösung in Kurzform: Nach dem Reisekostengesetz ist die jeweils kostengünstigere Beförderungsmöglichkeit zu wählen. Herr Allers hat nicht zwei Jahre gebraucht, um der Verwaltung klarzumachen, daß die Benutzung eines Fahrrades zu genehmigen ist. Die Reise nach Köln war vielmehr nach mehreren Reisen in den vergangenen zwei Jahren die erste, bei der die Benutzung des Fahrrades am Dienort kostengünstiger war als die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Die Verwaltung sieht es auch weiterhin mit Freude, wenn Herr Allers mit der Benutzung seines Fahrrades auf Dienstreisen seinem Körper und möglicherweise auch der Kasse der Universität Gutes tut. Sie wird allerdings nach wie vor prüfen müssen, ob die Benutzung des Fahrrades tatsächlich kostengünstiger ist.“

Kurt Ring, Leiter des Dezernates 1.2

Fensterwand und kalte Füße

Als vor kurzem Arbeiter begannen, die Seitenwand des überdachten Durchgangs vom Verwaltungsgebäude zum G-Trakt abzureißen, stellten wir uns ziemlich ratlos die Frage, was das nun wieder sollte. Zugegeben, die Wand war kein ästhetischer Genuß, erfüllte aber immerhin ihren Zweck, den Durchgang u.a. weniger zugig zu machen; vor allem

auch war sie allem Anschein nach völlig intakt.

Unsere Ratlosigkeit wurde allerdings noch größer, als wir feststellten, daß nach dem auch die Stahlträger mühevoll und lautstark herausgehämmert und -geschweißt worden waren - am Boden neue Schienen angebracht wurden. Was hatte man vor? Es konnte doch wohl nicht möglich sein, daß hier Geld (und wahrscheinlich nicht gerade wenig) dafür ausgegeben wurde, eine zwar nicht schöne, aber heile Wand abzureißen, um dann „dasselbe in grün“ neu aufzubauen? Doch - es war möglich, wie man sieht.

Nun kommt es ja öfter vor, daß die Beschlüsse, die „höheren Ortes“ gefaßt werden, für das „gemeine Volk“ nicht immer ganz einsichtig sind, so wohl auch in diesem Fall. Es wird schon wichtige Gründe für diese Entscheidung gegeben haben, denn bei der allgemein verkündeten Notwendigkeit zum Sparen wird doch hoffentlich niemand auf die Idee kommen, daß hier vor dem Jahresende noch schnell überschüssige Mittel „verbraten“ werden mußten? Denn wenn es solche Mittel gäbe, hätte man doch sicher endlich einmal den schon vor Jahren von uns beantragten Teppichboden im G-Trakt genehmigt, der unsere kalten Füße wärmen und die Schreibmaschinen-geräusche ein wenig dämpfen soll ...oder??

Die Mitarbeiterinnen des FB 1 im G-Trakt

Gasthörer-Status bei Frauen beliebt

Eine altersspezifische Statistik über die Gasthörer an der Universität belegt, daß Frauen in mehr als doppelt so hoher Zahl die Möglichkeit nutzen, an Veranstaltungen teilzunehmen.

Im laufenden Wintersemester 1983/84 haben insgesamt 64 Frauen und 30 Männer den Gasthörerstatus. Im zurückliegenden Sommersemester lagen diese Zahlen bei 71 Frauen und 34 Männern.

Während bei den jüngeren Semestern ab Jahrgang 1950 das Verhältnis zwischen den Geschlechtern etwa ausgeglichen ist, zeigt sich bei der Aufschlüsselung der „Älteren Gasthörer“ (Jahrgang 1905 bis 1939) ein stärkeres Übergewicht der Frauen: Im Sommersemester 1983 waren 28 Frauen eingeschrieben bei nur elf Männern. Im laufenden Semester sind es acht Männer und 22 Frauen.

• Personalien • Personalien •

Professor Dr. Wilhelm Büttemeyer, Hochschullehrer für Philosophie im FB 5, ist zum Varisco-Kongreß in Chiari (Italien) eingeladen worden. Er hat über Variscos Beziehungen zu einigen italienischen Positivisten referiert.

Professor Dr. Peter Gorny, Informatiker im Fachbereich 6 „Mathematik/Informatik“, nahm als einer von zwei wissenschaftlichen Vertretern der Bundesrepublik zusammen mit drei Ministerialvertretern aus Bund und Ländern an einer Konferenz über „Informatik im Bildungswesen“ teil, die von der Europäischen Gemeinschaft in Marseille veranstaltet wurde.

Studentische Betreuung bei Z-Prüfung

Der studentische Arbeitskreis Z-Prüfung veranstaltet am 26. Januar 1984 um 19.00 Uhr im VG 101 eine Diskussionsveranstaltung mit dem Ziel, die Betreuung von Z-Prüfungen durch Studenten zu verbessern. Der Arbeitskreis unterstützt und betreut die Z-Prüfungen während der Vorbereitungszeit. Mitglieder des Arbeitskreises nehmen als studentische Vertreter/innen an den mündlichen Prüfungen teil. Außerdem wird während der gesamten Prüfungszeit ein Café für alle Z-Prüfungen eingerichtet.

Die Öffentlichkeitsarbeit besteht im wesentlichen aus einer in jedem Frühjahr stattfindenden Informationsveranstaltung. Seit einem Semester hat der Arbeitskreis jeden Mittwoch von 16.00 - 17.00 Uhr eine feste Sprechstunde im Fachschaftsraum Pädagogik im alten Sporttrakt eingerichtet. Da der Arbeitskreis eine ausreichende Betreuung nicht mehr gewährleisten kann und die Arbeit erweitert werden soll, ist er auf die Mitarbeit ehemaliger Z-Prüflinge angewiesen. Kontakt: Sprechstunde Mi 16.00 - 17.00 Uhr, Tel. 7982007 oder Uwe Fischer, Ahlkenweg 166a, 2900 Oldenburg, Tel. 505353.

Neue Nummern

Liedländer, Barbara, ZETWA, AVZ 1-466, 2935; Menz, Margrit, ZETWA, AVZ 1-466, 2937; Reinhardt, Irmela, FB 1, Birkenweg 3, 8-214; Reitmann, Gisela, Dez. 4, F 001, 2057; Schellhuber, Petra, ZETWA, AVZ 1-466, 2935.

Professor Dr. Dieter Kimpel, Kunsthistoriker im FB 2, nimmt auf Einladung der „Université de Haute Bretagne - Rennes II“ eine Gastprofessur in Verbindung mit einem Forschungsaufenthalt von Januar bis März 1984 wahr. Er wird eine Vorlesung sowie ein Seminar und Doktorandenkolloquium über mittelalterliche französische Kunst abhalten in Zusammenarbeit und in Vertretung von Prof. Dr. Xavier Barral i Altet. Weitere Vorträge sind in Paris u.a. am Deutschen Historischen Institut vorgesehen. Der Forschungsaufenthalt dient Archivarbeiten für eine Publikation über nordfranzösische Architektur von 1130 - 1270, die 1985 erscheinen wird. Der Aufenthalt wird vom DAAD mitfinanziert.

Einstellungen im Dienstleistungsbereich:

Ewald Aller, Elektriker, Dezernat 4
Rainer Fichtner, Elektriker, Dezernat 4

Anja Graue, Fremdsprachenassistentin, FB 6 „Mathematik/Informatik“
Kurt Heintze, Haus- und Hofarbeiter, Dezernat 4

Marlies Herrndorf, Chemisch-technische Assistentin, ZETWA

Kirsten Jacobsen, Angestellte, FB 7 „Biologie“

Karin Juraschek, Bibliotheksangestellte

Doris Kroll, Krankengymnastin, FB 1 „Pädagogik“

Peter Krüder, Hausmeister, Dez. 4

Hermann Ruge, Verwaltungsangestellter, ZETWA

Ernenennung zum Hochschulassistenten

Dr. Konrad Blum, FB 9 „Chemie“

Dr. Hans-Jochen Pade, FB 8 „Physik“

Einstellungen als wissenschaftl. Angestellte:

Wolfgang Fichten, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsvorhaben „Systematische Analyse von schriftlichen Anfragen bei Bürgerberatungsstellen“, (Prof. Dr. August Schick), FB 5

Herrmann Rieken, Wissenschaftlicher Angestellter im Forschungsvorhaben „Entwicklung und Erprobung von Studienangeboten“ (Prof. Dr. Stöltgen), FB 2 „Kommunikation/Ästhetik“

Dr. Anna-Maria Schäfer, Wissenschaftliche Angestellte, FB 9 „Chemie“

Christoph Thies, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsvorhaben „Chemierohstoffe“ (Prof. Dr. Schüller), FB 9 „Chemie“

Hans Mahlow †

Am 13. Dezember verschied nach längerer schwerer Krankheit Professor Dr. Hans Mahlow, Emeritus der Psychologie an der Pädagogischen Hochschule Oldenburg.

Der Verstorbene, 1905 in Jessen bei Wittenberg geboren, lebte seit 1909 in Danzig - jener Stadt, die ihn in vielerlei Hinsicht am entscheidendsten geprägt hat. Nach dem Besuch des Humanistischen Gymnasiums begann er an der dortigen Technischen Hochschule mit dem Studium der Physik bei Ramsauer, Mathematik und Chemie. In diesen Fächern machte er dann auch beide Staatsexamina.

Nach seinem naturwissenschaftlichen Studium wandte sich der junge Studienrat der Philosophie und Psychologie zu; Hans Henning und Walter Ehrenstein wurden seine akademischen Lehrer; als Assistent am Lehrstuhl für Mathematik bei Professor Sommer setzte er seine Studien fort. Nach seinem Studienaufenthalt in Leipzig bei der Zweiten Leipziger Psychologischen Schule bei Felix Krüger und Johannes Volkelt kehrte er als Assistent für Psychologie nach Danzig zurück.

Hans Mahlow fand seine besondere Freude an wahrnehmungspsychologischen Problemen: so verfaßte er 1942 eine Dissertation bei Ehrenstein zur Persönlichkeitspsychologie auf der Grundlage der experimentellen Wahrnehmungspsychologie.

Die Vertreibung bescherte ihm und seiner Familie einige unstete Jahre der Wanderschaft zwischen Harz und Rhein. Im Jahre 1947 erhielt er dann an der Pädagogischen Akademie einen Lehrauftrag für Psychologie. Hier erlebte er auch 1973 seine Emeritierung. Seiner besonderen Zuwendung und Sympathie erfreuten sich immer wieder die studentischen Randgruppen, wie Schulfreier, Ostzonenstudenten, Ingenieure, Werklehrer, Nicht-Abiturienten. Hans Mahlow beteiligte sich bis vor wenigen Jahren aktiv an der Ausbildung von Studierenden verschiedenster Fachbereiche. Er fand bis zum Schluß einen treuen Schüler- und aufmerksamen Kollegenkreis, die seine Allgemeinbildung, sein in der Praxis bewährtes Fachwissen, sein feuriges Temperament und seine Aufrichtigkeit geschätzt haben.

August Schick

Spedition Möbeltransport International DEUS
TEL. (0441) 2006-0

Buchvorstellung und Diskussion
26. Jan., 18 Uhr, Milchbar, Universität
Thema: **Historisches Lernen**
Didaktik der Geschichte
Referenten:
Gerda v. Staehr u. Horst W. Jung
Diskussionsleitung: Prof. Werner Boldt
Veranstalter: Collectiv-Buchhandlung
Donnerschwer Straße 12
collectiv-Buchhandlung
Donnerschwerstraße 12
Telefon (0441) 874 49
2900 Oldenburg

Kopien wie gedruckt
Schnelldruck · Einbinden
Erstklassige Kopien auf Normalpapier! Auf Wunsch fix und fertig sortiert und geheftet.
KOPIERDIENST
Ammerländer Heerstraße 88
2900 Oldenburg
Tel. (0441) 7 63 74

BIRKENSTOCK
wenn auch Ihre Füße fit bleiben sollen.
Wir bieten Ihnen eine große BIRKENSTOCK-Auswahl
EGGERS
Naturformschuhe
Baumgartenstr. 8
Oldenburg
Tel. 1 30 07

Anna Thye
Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler
Gegr. 1. 9. 1800
29 OLDENBURG
Schloßplatz 21 / 22
Postfach 4780
Ruf (0441) 2 52 88
Ihr Partner bei all Ihren Aufgaben für die Druckindustrie
Littmann Druck
Offsetdruck · Buchdruck
Rosenstraße 42/43
2900 Oldenburg
Telefon (0441) 2 70 51/52

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium
★
In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl
B&G
1871 1971
BUCHHANDLUNG BÜLTMANN & GERRIETS
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
Postfach 1 41